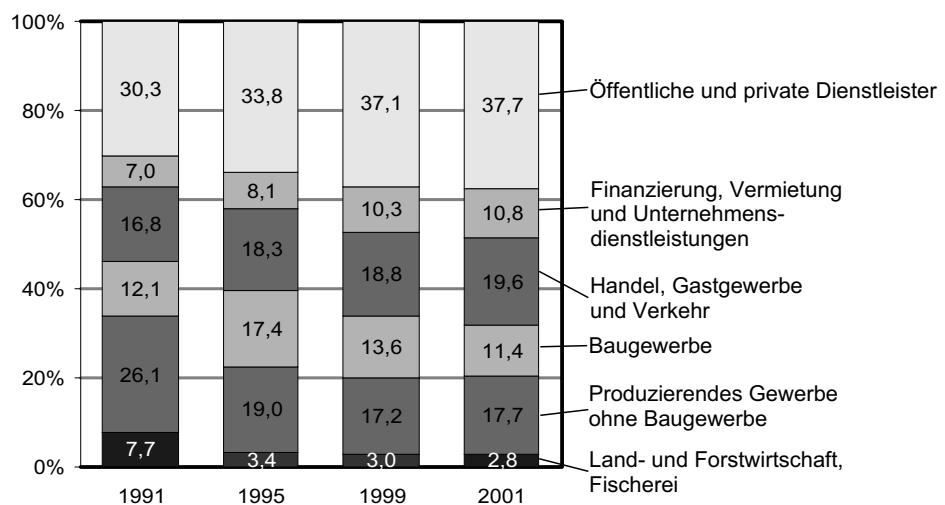


Daten +Analysen

Quartalsheft

**Anteil der Wirtschaftsbereiche an den Arbeitnehmerentgelten
im Land Brandenburg**





Kreisfreie Städte
und Landkreise
des Landes Brandenburg

Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk
Dipl. Ing. (FH) Ramona Klasen
Telefon: 0355 4868-126
E-Mail: Ramona.Klasen@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39-444
Fax: 0331 39-418
Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

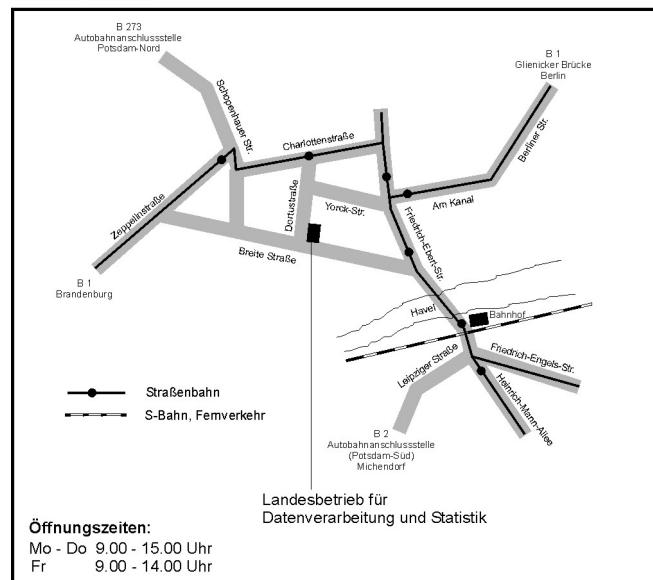
ISSN 1617 - 2809

Erschienen im September 2002
Preis: 5,25 EUR

Auskünfte und Vertrieb

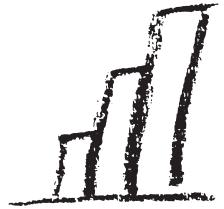
- | | | |
|---------------------|------|-------------|
| Informationsservice | Tel. | 0331 39-444 |
| | Fax. | 0331 39-418 |
| Vertrieb | Tel. | 0331 39-497 |
| | Fax. | 0331 39-418 |

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

II 2002

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell

Erholungsflächen sollen weiter zunehmen	5
Fast eine Million Gästeübernachtungen im Mai	5
Gesamtertrag bei Spargel auf Rekordhöhe	6
7 731 Verkäufe von unbebautem Bauland im Jahr 2001 im Land Brandenburg	6
Ausstattung der Haushalte	7
Rückläufiges Wirtschaftswachstum in den letzten 30 Jahren	7
Bundesinnenminister Schily schaltet GENESIS-Online frei	7
Bericht zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der nächsten Wahlperiode	8
Inflationsrate der Eurozone auf 1,9 Prozent gestiegen; Anstieg in der EU15 auf 1,8 Prozent	8
Eurostat Data Shop Berlin; Jetzt Online-Bestellung möglich	9
54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI)	9

Wussten Sie schon...?

Der LDS als Landesbetrieb bringt Vorteile für Sie!	10
Die Entwicklung des Energieverbrauchs im Land Brandenburg bis 2000	12

Beiträge

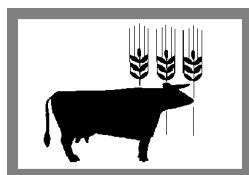
Umstellung der Schuldatenerhebung im Land Brandenburg	14
Die Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Land Brandenburg von 1995 bis 2001	18
Entwicklung und Struktur der Arbeitnehmerentgelte im Land Brandenburg	22
Beschäftigungsdynamik in der Brandenburger Industrie; Eine Analyse unter Berücksichtigung der Betriebsgröße	27

Buchbesprechungen

Neue Veröffentlichungen

Aus Brandenburg

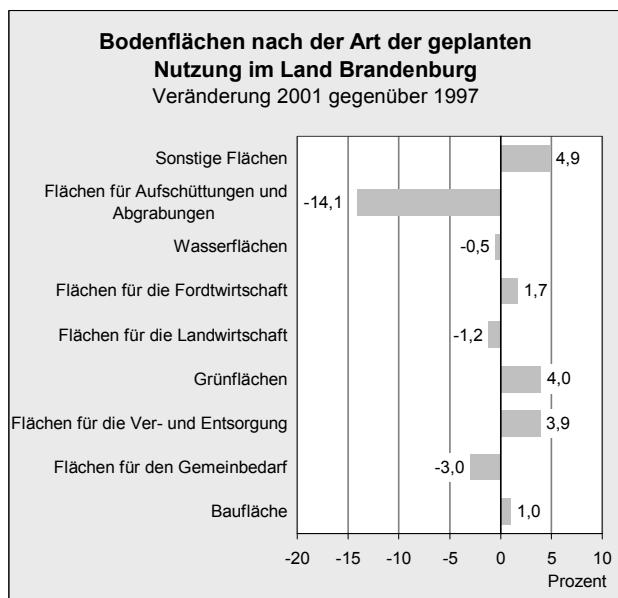
Erholungsflächen sollen weiter zunehmen



Die Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung wurde im Jahr 2001 zum zweiten Mal in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Ihre Ergebnisse geben Aufschluss darüber, wie nach derzeitigem Planungsstand in den Städten und Gemeinden die Bodenflächen in Zukunft genutzt werden sollen.

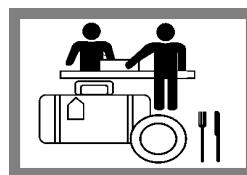
Von den 2,95 Millionen Hektar Gesamtfläche des Landes Brandenburg sollen nach den Flächennutzungsplänen (FNP) der Kommunen künftig ca. 1,45 Millionen Hektar als Flächen für die Landwirtschaft (49,2 Prozent der Landesfläche) und rund 1,04 Millionen Hektar als Flächen für die Forstwirtschaft (35,3 Prozent) genutzt werden. Im Vergleich zur Erhebung 1997 weisen die Planungen der Gemeinden jetzt bei den Landwirtschaftsflächen etwa 17 500 Hektar weniger aus. Ein Zuwachs in etwa der gleichen Größenordnung ist mit ca. 17 800 Hektar bei den Flächen für die Forstwirtschaft geplant. Das ist unter anderem auf die Förderpolitik der EU zurückzuführen, die die endgültige Stilllegung von Grenzertragsstandorten zugunsten anderer Nutzungen (z. B. Aufforstung) unterstützt.

Bei den Bauflächen als drittgrößte Nutzungsart sehen die FNP und Bebauungspläne künftig rund 162 000 Hektar vor (5,5 Prozent der Landesfläche). Gegenüber den Planungsabsichten mit dem Stand 1997 ist das jetzt ein Zuwachs um rund 1 700 Hektar (+ 1,0 Prozent).



Grünflächen (Parks, Kleingartenanlagen, Sportplätze usw.) sollen künftig rund 57 000 Hektar einnehmen (1,9 Prozent der Landesfläche). Hier sehen die Planungen der Kommunen erheblich mehr vor als noch vor vier Jahren (+ 2 200 Hektar bzw. + 4,0 Prozent).

Fast eine Million Gästeübernachtungen im Mai



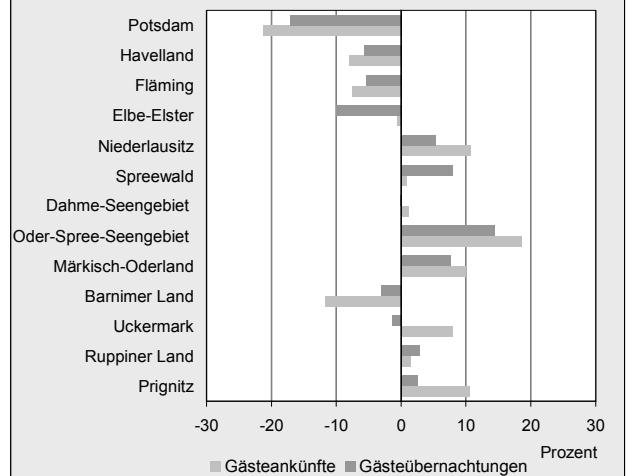
In den Brandenburger Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten verweilten im Monat Mai 2002 insgesamt 354 Tausend Gäste, die 961 Tausend Übernachtungen buchten.

Das waren 0,9 Prozent weniger Gäste als im Vergleichsmonat des Vorjahrs, jedoch 0,3 Prozent mehr Übernachtungen. In der Entwicklung des Übernachtungsaufkommens setzte sich die bestehende regionale Differenziertheit fort. So mussten 7 der 13 Reisegebiete des Landes Brandenburg gegenüber dem Vorjahresmonat Einbußen in Kauf nehmen, darunter Potsdam mit - 17,1 Prozent sowie das Elbe-Elster-Land mit - 10,0 Prozent. Einen kräftigen Zuwachs verzeichneten dagegen insbesondere das Oder-Spree-Seengebiet mit 14,5 Prozent und der Spreewald mit 7,9 Prozent.

Seit Jahresbeginn konnten insgesamt 1,1 Millionen Gäste mit 3,0 Millionen Übernachtungen begrüßt werden. So wohl bei den Gästen (+ 0,2 Prozent) als auch bei den Übernachtungen (+ 0,6 Prozent) waren im Vergleich zum Vorjahr Zuwächse zu verzeichnen. Die insgesamt eingetretene Entwicklung schlug sich in den einzelnen Betriebsarten unterschiedlich nieder. So bestand im Hotelleriegewerbe ein durchschnittlicher Übernachtungsrückgang von 3,3 Prozent, der insbesondere Hotels (- 4,7 Prozent) und

Gästeankünfte und Gästeübernachtungen im Mai 2002 nach Reisegebieten

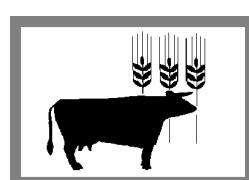
Veränderung zum Vorjahresmonat



Pensionen (- 4,5 Prozent) betraf. Demgegenüber wies das Sonstige Beherbergungsgewerbe einen Übernachtungsanstieg von durchschnittlich 10,4 Prozent auf, woran Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime mit einem Anstieg von 17,8 Prozent einen erheblichen Anteil hatten.

Die **Bettenkapazität** wurde bisher durchschnittlich zu 28,2 Prozent ausgelastet gegenüber 29,4 Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Diese Entwicklung ist auf den schnelleren Anstieg des Bettenbestandes im Vergleich zum Übernachtungsaufkommen zurückzuführen. Ende Mai waren es insgesamt 80 365 Gästebetten. Damit wurde erstmals die 80 tausender Grenze überschritten.

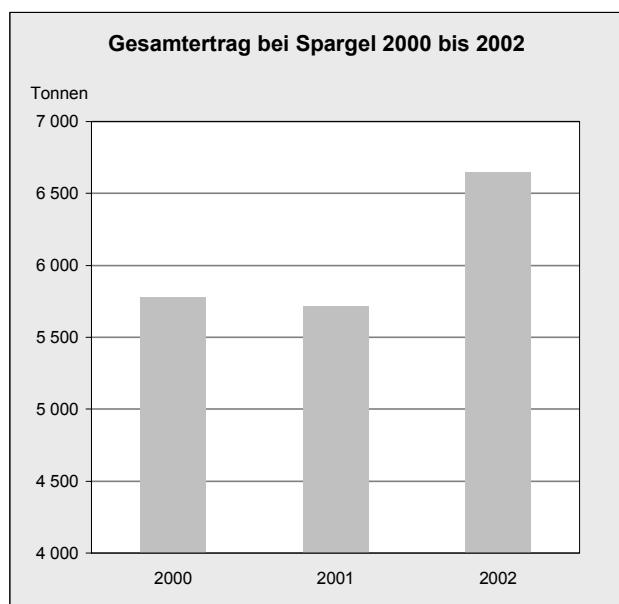
Gesamtertrag bei Spargel auf Rekordhöhe



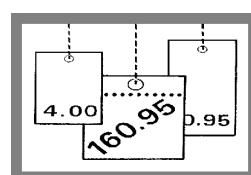
Brandenburgs Gemüseanbau ist auch in diesem Jahr eine Wachstumsbranche. Im Jahr 2002 wird auf rund 6 700 Hektar Gemüse angebaut. Das sind rund 850 Hektar mehr als im Vorjahr

(+ 14 Prozent). Über ein Viertel der Anbaufläche im Jahr 2002 nimmt der Spargelanbau ein (rund 1 800 Hektar). Gegenüber 1996 hat sich damit die Anbaufläche dieses Edelgemüses verdoppelt.

Nach vorläufigen Ergebnissen haben Brandenburgs Spargelbauern in dieser Saison rund 6 700 Tonnen Spargel geerntet. Das sind 1 000 Tonnen mehr als im Vorjahr (+ 17 Prozent). Der Hektarertrag lag mit 37,1 Dezitonnen im Durchschnitt der letzten sechs Jahre (1996 bis 2001). Diese Menge entspricht rund 2,5 Kilogramm dieses nahrhaften Gemüses je Brandenburger Bürger.



7 731 Verkäufe von unbebautem Bauland im Jahr 2001 im Land Brandenburg



Im Jahr 2001 wurden insgesamt 7 731 Kauffälle für unbebautes Bauland mit einer umgesetzten Fläche von 12 Millionen Quadratmetern statistisch erfasst. Es wurde ein durchschnittlicher Kaufwert von 40,33 EUR je Quadratmeter ermittelt.

Über 90 Prozent der Veräußerungen konzentrierten sich im Jahr 2001 auf baureifes Land. Im Durchschnitt wurden 1 105 Quadratmeter pro Verkauf umgesetzt und ein Kaufwert von 46,50 EUR/m² erzielt. Rohbauland wurde in 300 Fällen mit einem Kaufwert von 22,75 EUR/m² veräußert. In der territorialen Betrachtung nach Landkreisen und kreisfreien Städten zeichnete sich eine differenzierte Entwicklung in der Anzahl der Verkäufe und der Kaufwerte ab. Die zahlenmäßig meisten Erwerbsvorgänge waren in den Landkreisen Barnim (900), Oberhavel (858), Havelland (816) sowie Oder-Spree (814) zu verzeichnen.

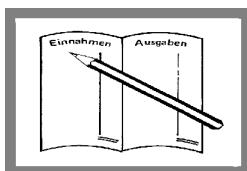
Über dem Durchschnitt liegende Kaufwerte wurden in Potsdam (115,92 EUR/m²), Potsdam-Mittelmark (57,93 EUR/m²), Havelland (54,09 EUR/m²), Barnim (49,02 EUR/m²), Cottbus (48,99 EUR/m²) und Oberhavel (48,55 EUR/m²) ermittelt. Dem stehen weitaus geringere Kaufwerte in den Landkreisen Elbe-Elster (12,22 EUR/m²),

Kaufwerte für Bauland 2001 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bauland	
	Verkäufe	Kaufwert
	Anzahl	EUR/m ²
Brandenburg an der Havel	204	45,15
Cottbus	124	48,99
Frankfurt (Oder)	117	32,46
Potsdam	112	115,92
Barnim	900	49,02
Dahme-Spreewald	420	39,61
Elbe-Elster	188	12,22
Havelland	816	54,09
Märkisch-Oderland	753	39,98
Oberhavel	858	48,55
Oberspreewald-Lausitz	194	16,29
Oder-Spree	814	33,87
Ostprignitz-Ruppin	243	13,34
Potsdam-Mittelmark	796	57,93
Prignitz	185	13,09
Spree-Neiße	338	22,04
Teltow-Fläming	326	38,17
Uckermark	343	20,42
Land Brandenburg	7 731	40,33

Prignitz (13,09 EUR/m²) sowie Ostprignitz-Ruppin (13,34 EUR/m²) gegenüber. Diese unterschiedlichen Ergebnisse werden auch bei der Betrachtung der Teilläume des gemeinsamen Planungsraumes Brandenburg-Berlin deutlich. So wurden im engeren Verflechtungsraum wesentlich höhere Preise je Quadratmeter für den Verkauf von unbebautem Bauland erzielt als im äußeren Entwicklungsräum.

Ausstattung der Haushalte



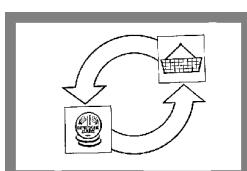
Immer mehr private Haushalte im Land Brandenburg nutzen die Angebote der Informations- und Kommunikationstechnologien. 55 Prozent der privaten Haushalte verfügten Anfang 2001 über ein mobiles Telefon (Handy) und 44 besaßen einen Personalcomputer (PC).

Jeder fünfte Haushalt verfügte über einen Zugang zum Internet. Hierbei ist ein Zuwachs gegenüber 2000 von 76 Prozent zu verzeichnen. Dabei ist das Modem weiter verbreitet als der ISDN-Anschluss. 16 Prozent der Brandenburger Haushalte hatten Anfang 2001 ein Modem zur Datenfernübertragung und 6 Prozent einen ISDN-Anschluss. Gegenüber 2000 nahm die Ausstattung mit Modems (+ 69 Prozent) wesentlich rascher zu als die mit ISDN-Anschluss (+ 21 Prozent). Ebenfalls stark zugenommen hat innerhalb eines Jahres die Ausstattung privater Haushalte mit Handys (+ 73 Prozent). Der Zuwachs der PC-Ausstattung mit + 14 Prozent fiel 2001 gegenüber 2000 dagegen nicht so hoch aus wie bei den anderen Technologien.

Mit zunehmender Anzahl der im Haushalt lebenden Personen nahm auch die **Mehrfachausstattung** zu. So besaßen Haushalte ab drei und mehr Personen mehrere Handys. Ein Viertel dieser Haushalte verfügte 2001 über zwei und jeder 10. Haushalt mit drei und mehr Personen hatte bereits drei und mehr Mobiltelefone in seinem Besitz. 15 Prozent der privaten Haushalte hatten Anfang des Jahres 2001 zwei oder mehr PC's zur Verfügung.

Aus Deutschland

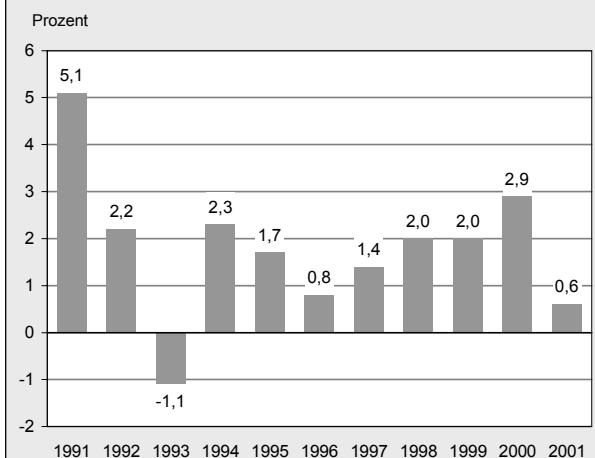
Rückläufiges Wirtschaftswachstum in den letzten 30 Jahren



Das Wirtschaftswachstum im früheren Bundesgebiet sowie seit 1991 in Deutschland hat sich - gemessen an der Veränderung des Bruttoinlandsproduktes in Preisen von 1995 - seit 1970 kontinuierlich abgeschwächt. Betrug die durchschnittliche jährliche Veränderung von 1970 bis 1980

Veränderung des Bruttoinlandsproduktes 1991 bis 2001 (in Preisen von 1995)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr



noch 2,8 Prozent, so lag sie von 1980 bis 1991 bei 2,6 Prozent und von 1991 bis 2001 bei 1,5 Prozent.

Die durchschnittliche jährliche Veränderung von 2,6 Prozent im Zeitraum von 1980 bis 1991 wurde wesentlich geprägt von den relativ hohen Zuwachsraten der Jahre 1990 und 1991 für das frühere Bundesgebiet. Hierzu trugen vor allem vereinigungsbedingte höhere Exportüberschüsse sowie eine starke Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen und der privaten Konsumausgaben bei.

Die zehn Jahre nach der Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands weisen mit durchschnittlich + 1,5 Prozent pro Jahr ein deutlich niedrigeres Wirtschaftswachstum auf als in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten. Die höchste Zuwachsrate war im Jahr 2000 mit 3,0 Prozent zu verzeichnen, im Jahr 2001 ging sie auf 0,6 Prozent zurück.

Das sind Ergebnisse der im Jahr 2002 erstmals veröffentlichten vergleichbaren langen Reihen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die für die Jahre 1970 bis 2001 nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sind. Die bisher für Deutschland ab 1991 publizierten Angaben nach dem ESVG 1995 wurden nunmehr um revidierte Daten für die davor liegenden Jahre ab 1970 für das frühere Bundesgebiet ergänzt. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bundesinnenminister Schily schaltet GENESIS-Online frei



Der Bundesinnenminister Otto Schily hat am 8. Juli 2002 in Wiesbaden zusammen mit dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Johann Hahlen, und dem Präsidenten des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung,

Dr. Peter Bauer, **GENESIS-Online** freigeschaltet. Damit haben Bürger und Wirtschaft einen Internet Zugang zum Statistischen Informationssystem GENESIS (**GE**meinsames **NE**ues **S**tatistisches **I**nformations**S**ystem der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder), das Informationen aus allen Bereichen der amtlichen Statistik, insbesondere zu den Themen Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Bildung, Verkehr, Preise, Außenhandel und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen enthält.

Dazu bemerkte Bundesinnenminister Otto Schily, dass mit **BundOnline 2005** bis zum Jahr 2005 über 350 internetfähige Dienstleistungen der Bundesverwaltung online bereitgestellt werden. Die Dienstleistungen der Bundesbehörden sollen durch **eGovernment** für die Bürger und Bürgerinnen schneller, kostengünstiger und einfacher in Anspruch genommen werden können. Dafür sei GENESIS ein gutes Beispiel.

Das Datenangebot in GENESIS ist unter www.destatis.de/genesis abrufbar und wird laufend aktualisiert und erweitert. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bericht zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der nächsten Wahlperiode

Destatis
wissen.nutzen.

Der Statistische Beirat übergab der Bundesregierung seinen Bericht zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik. In seinem Bericht an die Bundesregierung legt der Statistische Beirat 55 Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der kommenden 15. Legislaturperiode vor und evaluiert die Umsetzung seiner Empfehlungen aus dem Jahr 1999 für die zu Ende gehende 14. Wahlperiode.

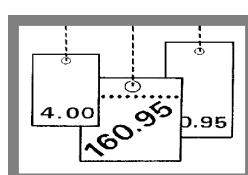
Von den 38 Empfehlungen aus dem Jahr 1999 sind bisher 19 Empfehlungen umgesetzt worden, darunter als wichtigste die Einführung einer **Dienstleistungsstatistik**. Bei weiteren Empfehlungen wurden wichtige Teilergebnisse erzielt. So ermöglicht das **Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus** vom Juli 2001 den Test einer neuen Erhebungsmethode, die belastungssärmer und wesentlich kostengünstiger als eine herkömmliche Volkszählung wäre.

Um die amtliche Statistik als Teil der öffentlichen Infrastruktur an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen sowie an neue wissenschaftliche Erfordernisse anzupassen, schlägt der Statistische Beirat der Bundesregierung 55 Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik in der nächsten Legislaturperiode vor. Deren gemeinsame Ziele sind insbesondere, die Bereitstellung von Ergebnissen zu beschleunigen sowie die Belastung der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger durch statistische Erhebungen zu reduzieren. Durch die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien,

wie dem Internet, können Erhebung und Veröffentlichung von Daten einfacher und schneller werden. Beim Verwaltungsvollzug angefallene Daten sollen, wo kurzfristig verfügbar und hinreichend genau und aussagekräftig, für die Statistikproduktion verwandt werden. Mit einem erweiterten Angebot von anonymisierten Einzeldaten sollen der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung bessere Ergebnisse ermöglicht werden. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aus Europa

Inflationsrate der Eurozone auf 1,9 Prozent gestiegen; Anstieg in der EU15 auf 1,8 Prozent



Die jährliche Inflationsrate der Eurozone ist nach Angabe des Eurostats dem **Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg** von 1,8 Prozent im Juni auf 1,9 Prozent im Juli 2002 gestiegen. Ein Jahr zuvor lag die Rate bei 2,6 Prozent.

Die jährliche Inflationsrate der **EU15** stieg von 1,6 Prozent im Juni auf 1,8 Prozent im Juli 2002. Ein Jahr zuvor betrug die Rate 2,5 Prozent. Im **EWR** betrug die Inflationsrate im Juli 2002 ebenfalls 1,8 Prozent.

Inflationsraten auf der Basis der HVPI¹⁾

Mitgliedsstaaten	July 2002	June 2002	July 2001
	Percent		
Belgien	1,1	0,8	2,7
Deutschland	1,0	0,7	2,6
Griechenland	3,6	3,6	4,2
Spanien	3,5	3,4	2,4
Frankreich	1,5p	1,5	2,2
Irland	4,2	4,5	4,0
Italien	2,4p	2,2	2,4
Luxemburg	1,9	1,3	2,4
Niederlande	3,8p	3,9	5,3
Österreich	1,5p	1,5	2,8
Portugal	3,6	3,5	4,3
Finnland	2,0	1,5	2,6
Eurozone (VPI-EWU) ¹⁾	1,9p	1,8	2,6
Dänemark	2,2	2,2	2,3
Schweden	1,8	1,7	2,9
Ver. Königreich	1,1	0,6	1,4
EU15 (EVPI) ¹⁾	1,8p	1,6	2,5
Island	4,0	4,7	7,4
Norwegen	1,2	- 0,4	2,2
EWR (VPI-EWR) ¹⁾	1,8p	1,6	2,5

¹⁾) HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex)

1) VPI-EWU (Verbraucherpreisindex der Eurozone), VPI-EWR (Verbraucherpreisindex für den Europäischen Wirtschaftsraum), EVPI (Europäischer Verbraucherpreisindex)

p = vorläufig

Die höchsten Jahresraten verzeichneten im Juli 2002 **Irland** (4,2 Prozent), die **Niederlande** (3,8 Prozent) sowie **Griechenland** und **Portugal** (beide 3,6 Prozent). Dagegen verbuchten **Deutschland** (1,0 Prozent), **Belgien** und das **Vereinigte Königreich** (beide 1,1 Prozent) die niedrigsten Raten.

Im Vergleich zum Vormonat (Juni 2002) sank die jährliche Inflationsrate in zwei Mitgliedsstaaten, stieg in neun Staaten an und blieb in vier weiteren Staaten unverändert. Die größten relativen Rückgänge der Inflationsrate gegenüber dem Vorjahresmonat Juli 2001 verzeichneten **Deutschland** (von 2,6 auf 1,0 Prozent), **Belgien** (von 2,7 Prozent auf 1,1 Prozent) Österreich (von 2,8 Prozent auf 1,5 Prozent); die einzigen relativen Anstiege der Inflationsrate wurden für **Spanien** (von 2,4 Prozent auf 3,5 Prozent) und **Irland** (von 4,0 Prozent auf 4,2 Prozent) registriert.

Die niedrigsten Durchschnitte über 12 Monate bis einschließlich Juli 2002 wurden im **Vereinigten Königreich** (1,2 Prozent) sowie in **Deutschland** und **Luxemburg** (jeweils 1,7 Prozent) verzeichnet; dagegen hatten die **Niederlande** (4,6 Prozent), **Irland** (4,4 Prozent) und **Griechenland** (3,8 Prozent) die höchsten Jahressdurchschnitte. (Quelle: Eurostat)

Eurostat Data Shop Berlin;
Jetzt Online-Bestellung möglich



Das neue Statistische Jahrbuch 2002 oder andere Veröffentlichungen des **Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften** (Eurostat) können nun auch über das Internet-Angebot

des Eurostat Data Shop Berlin (www.eu-datasshop.de) online bestellt werden. Der Kunde erhält innerhalb von wenigen Tagen seine Veröffentlichung in dem Format (Print-, CD-ROM, PDF) und der Sprachversion (deutsch, englisch, französisch) seiner Wahl.

Der Eurostat Data Shop Berlin (EDS Berlin) wurde vom Statistischen Bundesamt und Eurostat als zentrale amtliche Vertriebsstelle europäischer Statistiken für den Standort Deutschland im Dezember 1997 eingerichtet. Er hat sich in den mehr als vier Jahren seines Bestehens als kompetenter Ansprechpartner für Interessenten an der Europäischen Statistik, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus, bewiesen. Mit mehr als 180 Millionen harmonisierten Daten zur Europäischen Union (EU15), zur Eurozone, zu den EU-Mitgliedstaaten sowie zu den Beitritts- und wichtigsten Partnerländern wird dem Nutzer das gesamte Spektrum an

makro- und sozioökonomischen Daten der Statistik angeboten. Der EDS Berlin berät über die vielfältigen Produkte und stellt maßgeschneiderte Tabellen aus den Datenbanken und Veröffentlichungen Eurostats zusammen. Das Internetangebot des EDS Berlin, das einen Einstieg in diese Serviceleistungen bietet, umfasst auch viele kostenfreie Basiszahlen und Produkte zum Herunterladen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI)



Auf Einladung der Bundesregierung und unter der Schirmherrschaft des Herrn Bundespräsidenten findet vom 13. bis 20. August 2003 im Internationalen Congress Centrum (ICC) Berlin der 54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Instituts (ISI) statt. Das ISI ist die größte internationale wissenschaftliche Gesellschaft auf dem Gebiet der Statistik mit ca. 5 000 Mitglieder aus aller Welt. In fünf fachlich spezialisierten Sektionen vereinigt das ISI weltweit die Fachkompetenz in den Bereichen mathematisch-statistische Methoden, Erhebungsverfahren, Informationstechnik, amtliche Statistik und Ausbildung. Etwa 100 internationale, nationale und regionale wissenschaftliche Vereinigungen sind dem Internationalen Statistischen Institut angeschlossen.

Ziel des ISI ist es, statistische Methoden und Verfahren sowie deren Anwendung in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Der **Kongress 2003** ist als Standortbestimmung der Statistik im Lichte der gravierenden globalen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen von besonderer Bedeutung. Für die amtliche Statistik gilt es, sich im August 2003 in Berlin als moderner Informationsanbieter zu präsentieren und ihre Leistungsfähigkeit insbesondere bei der Anwendung neuester Informations- und Kommunikationstechnologien unter Beweis zu stellen.

Das Nationale Organisationskomitee (NOK), das mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung beauftragt ist, informiert in seinem neuen Internetangebot unter www.isi-2003.de umfassend über das wissenschaftliche Programm, das Rahmenprogramm und die Organisation des Kongresses. Darüber hinaus bietet der Besuch der neuen Website die Möglichkeit zu einer unverbindlichen Vorregistrierung und zur Anmeldung von wissenschaftlichen Beiträgen.

Der LDS als Landesbetrieb bringt Vorteile für Sie!

Seit Januar 2001 ist an die Stelle des **Landesamtes** für Datenverarbeitung und Statistik der **Landesbetrieb** für Datenverarbeitung getreten. Dieser Beitrag informiert über einige wesentliche Auswirkungen dieser Rechtsformänderung für Sie als Kunden und Auftraggeber.

Eine Rechtsformänderung mit Auswirkungen

Jede Veränderung hat auch einen Teil **Kontinuität**:

- ❑ So steht der LDS weiterhin unter der Dienst- und Fachaufsicht des Innenministeriums und ist eine rechtlich unselbständige Einrichtung der Landesverwaltung Brandenburg.
- ❑ Der LDS nimmt Fachaufgaben wahr, die ihm bereits als Landesamt übertragen waren, insbesondere
 - die Erhebung, Aufbereitung und Bereitstellung amtlich statistischer Daten des Landes Brandenburg von A (wie Agrarstatistik) bis Z (wie Zensus),
 - die Betreuung des Landesverwaltungsnetzes (LVN), des Kommunikationsverbundes und des Daten- und TK-Verbundes der Obersten Landesbehörden,
 - die Betreuung verschiedener Großverfahren der Landesverwaltung, vom Gemeindefinanzausgleich, über das BAFöG- und Wohngeldverfahren, bis hin zum Haushalts- und Kassenrechnungsverfahren,
 - die IT-Aus- und Fortbildung für Auszubildende und Bedienstete der Landesverwaltung.
- ❑ Der LDS hat seinen Hauptsitz in Potsdam, in unmittelbarer örtlicher Nähe zu den meisten seiner Kunden. Es gibt weiterhin Außenstellen in Cottbus und Frankfurt (Oder) sowie das IT-Schulungszentrum in Teltow.
- ❑ Die Geschäftstätigkeit des LDS ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Neu ist: Der LDS

- ❑ erhält keine Mittelzuweisungen aus dem Landeshaushalt.
- ❑ erzielt seine Einnahmen ausschließlich auf der Grundlage von Aufträgen aus der Landesverwaltung und Dritter, wozu er Servicevereinbarungen abschließt.

- ❑ führte ein kaufmännisches Rechnungswesen ein.
- ❑ etabliert ein an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtetes Kundenmanagement.
- ❑ positioniert sich im Marktwettbewerb mit dem Ziel, durch qualitativ hervorragende und kostengünstige Leistungsangebote zu überzeugen.

Der LDS schließt Auftragsverhältnisse zu den Kunden der Landesverwaltung auf der Grundlage von Servicevereinbarungen, in denen die Leistungen beschrieben sowie wesentliche Modalitäten der Leistungsbeziehung und das Leistungsentgelt geregelt sind. Daneben gelten die **Allgemeinen Auftragsbedingungen** (AAB) des LDS als Rahmenregelungen des Geschäftsverkehrs mit seinen Kunden; diese sind u. a. im Amtsblatt und im Intranet der Landesverwaltung veröffentlicht.

Das **Leistungs- und Entgeltverzeichnis** (LEV) des LDS enthält eine Aufstellung standardisierter Leistungsangebote im IT- und Statistikbereich und deren Preise. Individuelle Leistungen kalkuliert der LDS kostendeckend und unterbreitet dem Auftraggeber ein Angebot.

Aus der Rechtsstellung des Landesbetriebes als unselbständige Einrichtung der Landesverwaltung ergeben sich für die Ressorts und deren nachgeordnete Einrichtungen bei Auftragserteilung an den LDS einige erwähnenswerte **Vorteile**:

- ❑ Leistungen des LDS im Bereich der Landesverwaltung sind **umsatzsteuerfrei** und damit tendenziell kostengünstig.
- ❑ An den LDS können Aufträge **ohne** zeit- und kostenaufwendige **öffentliche Ausschreibung** vergeben und damit Leistungen in der Regel schneller bezogen werden.
- ❑ Für die Begründung längerfristiger Leistungsbeziehungen bedarf es hinsichtlich von Dauerverbindlichkeiten **keiner Verpflichtungsermächtigung**.
- ❑ Der LDS ist nach seiner Geschäftsanweisung zu kostendeckender Wirtschaftsführung verpflichtet und unterliegt damit in seiner Funktion als landesinterner Dienstleister **nicht den Maßstäben privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung**.

Die genannten Gesichtspunkte verdienen es, vor einer Entscheidung über die Leistungsvergabe im Wege der öffentlichen Ausschreibung berücksichtigt zu werden.

Ihre Anfragen richten Sie bitte an das **Zentrale Kundenmanagement**.

Die Mitarbeiterinnen führen mit Ihnen Informationsgespräche, ermitteln Angebote, schließen Servicevereinbarungen und setzen sich bei der Auftragsrealisierung für Ihre Interessen ein.

Wir danken Ihnen für Anregungen und Rückfragen und sind offen für konstruktive Kritik. Letztlich hängt es von einer guten Zusammenarbeit und Ihrer Zufriedenheit ab, ob der LDS seine Geschäftstätigkeit erfolgreich gestaltet und die mit seiner Errichtung als Landesbetrieb verbundenen Erwartungen erfüllt.

Zentrales Kundenmanagement

Telefon: 0331 39 888

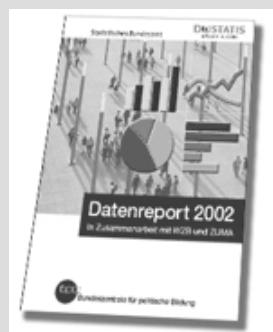
E-Mail: kundenmanagement@lds.brandenburg.de

Antje Leutholf

Thomas Süssner-Job

Datenreport 2002

Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland



Einzelnen Gesellschaftsbereichen werden anschaulich erläutert und durch kompakte Tabellen, Schaubilder und Grafiken illustriert.

Der **erste Teil** „Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik“, der vom **Statistischen Bundesamt** erstellt wurde, deckt das vielfältige Themenpektrum der amtlichen Statistik ab. Er umfasst zahlreiche Informationen zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und in der Europäischen Union.

Im **zweiten Teil** der Publikation, der vom **Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)** und dem **Zentrum für Umfragen, Methoden, und Analysen, Mannheim (ZUMA)** bearbeitet wurde, steht die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der Lebensbedingungen durch die Bevölkerung im Blick-

punkt des Interesses. Damit wird das Informationsangebot der amtlichen Statistik um Erkenntnisse über Werthaltungen, Erwartungen und Präferenzen der Menschen im vereinten Deutschland erweitert.

Der Datenreport steht kostenlos als Download im PDF-Format unter www.destatis.de zur Verfügung und kann vollständig oder kapitelweise abgerufen werden.

Die Druckausgabe ist bei der

Bundeszentrale für politische Bildung

Berliner Freiheit 7,

53111 Bonn

als Band 376 und über das

Statistische Bundesamt,
Bereich Vertrieb,

65180 Wiesbaden,

Telefon: 0611 75-3125,

Fax: 0611 75-2555 oder

vertrieb@destatis.de

unter der Bestellnummer 0131105-02900 erhältlich. Darüber hinaus ist der neue „Datenreport“ ab Oktober 2002 auch als CD-ROM beim Statistischen Bundesamt unter der Bestellnummer 8131000-02900 zu beziehen.

Die Entwicklung des Energieverbrauchs im Land Brandenburg bis 2000

Im Jahr 2000 betrug der **Primärenergieverbrauch (PEV)** des Landes Brandenburg 617,9 Petajoule (PJ), das entspricht ca. 21,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE). Im Laufe der Entwicklung seit 1991 verringerte er sich, in unterschiedlichem Maße, um 53,4 PJ bzw. 1,8 Millionen Tonnen SKE. Den tiefsten Stand erreichte der PEV im Jahr 1995 mit 563,3 PJ (19,2 Millionen Tonnen SKE), das waren nur 83,9 Prozent gegenüber 1991, inzwischen hat er aber wieder 92,0 Prozent erreicht.

Im gleichen Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt (berechnet zu Preisen von 1995) in Brandenburg um 15,1 Milliarden EUR auf 157,7 Prozent gestiegen. Das heißt, wurden 1991 noch 25,7 Gigajoule (GJ) oder 0,878 Tonnen SKE je 1 000 EUR BIP aufgewendet so waren es 2000 nur noch 15,0 GJ bzw. 0,512 Tonnen SKE.

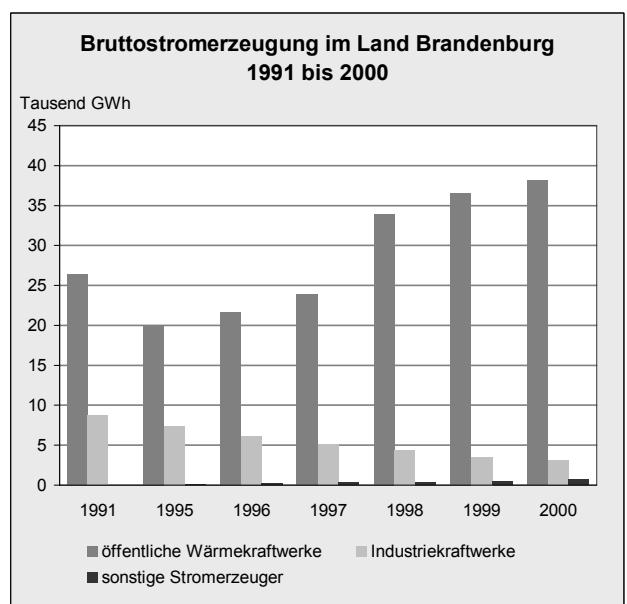
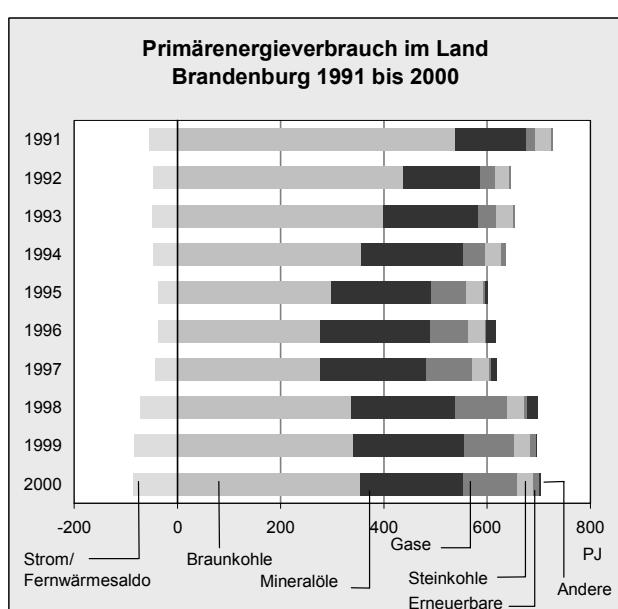
Trotz leichter Schwankungen der Bedeutung der einzelnen Energieträger am gesamten PEV ist der Trend unverkennbar. Mit 57,5 Prozent hält **Braunkohle** den größten Anteil am Primärenergieverbrauch im Land Brandenburg und seit dem Tiefstand in den Jahren 1996 und 1997 von 47,9 Prozent steigt ihre Bedeutung weiter an. Der Anteil der Mineralöle sinkt seit dem höchsten Stand 1996 von 36,7 Prozent wieder und liegt 2000 bei 32,1 Prozent. Demgegenüber ist der Einsatz von Gasen stetig gestiegen. Waren 1991 nur 2,7 Prozent der Primärenergieträger Gase, so sind es im Jahr 2000 inzwischen 16,9 Prozent. Der Anteil

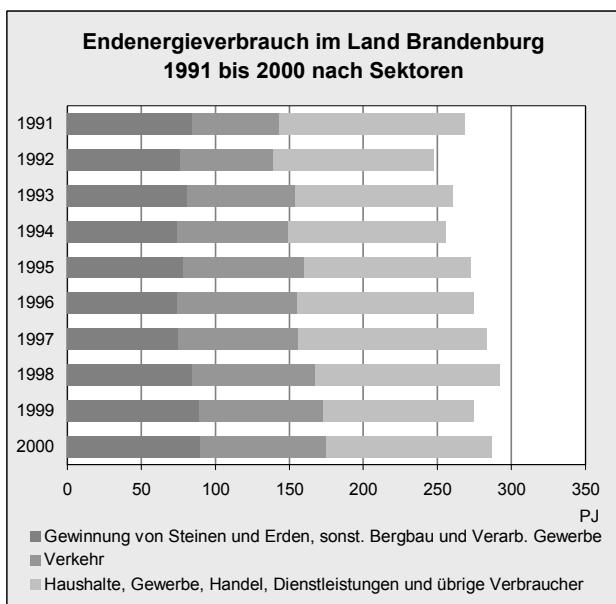
der erneuerbaren Energieträger entwickelte sich in diesem Zeitraum von 0,3 Prozent auf 1,8 Prozent des PEV.

Die **Gewinnung von Braunkohle** im Land Brandenburg ist nach dem Anstieg im Jahr 1998, in den Folgejahren wieder leicht zurück gegangen. Während 1991 noch 71 Millionen Tonnen Rohbraunkohle gefördert wurden, waren es 1997 nur noch 37,4 Millionen Tonnen, was einem Rückgang auf 52,5 Prozent entspricht. Im Jahr 1998 wurden 41 Millionen Tonnen gefördert, das bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr um 9,8 Prozent; 1999 waren es 40,6 Millionen Tonnen, das ist ein Rückgang um 1,1 Prozent und 2000 lag die Förderung bei 39,1 Millionen Tonnen, 3,5 Prozent weniger als 1999.

Im Jahr 2000 wurden in Brandenburg 42 016 GWh **Strom erzeugt**, davon 36 624 GWh aus Braunkohle, das ist ein Anteil von 87,2 Prozent. In öffentlichen Kraftwerken wurden 90,9 Prozent, in Industriekraftwerken 7,4 Prozent und 1,7 Prozent des Stroms wurde in sonstigen Anlagen erzeugt.

Ein erheblicher Teil des in Brandenburg produzierten Stroms wird in andere Länder ausgeführt. Der Anteil des Strom- und Fernwärmeexports abzüglich des -imports entwickelte sich von 8,3 Prozent des PEV 1991 auf 13,9 Prozent im Jahr 2000.





Der **Endenergieverbrauch (EEV)** im Land Brandenburg betrug 1991 rund 268,3 PJ (ca. 9,2 Millionen Tonnen SKE), erreichte 1992 mit 247,6 PJ (8,4 Millionen Tonnen SKE) seinen tiefsten Stand und stieg seit 1995 wieder leicht an. Im Jahr 1998 erreichte der EEV seinen bisher höchsten Stand mit 292,3 PJ bzw. fast 10 Millionen Tonnen SKE. Im Jahr 2000 wurden 286,9 PJ bzw. 9,8 Millionen Tonnen SKE verbraucht, das ist gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 4,6 Prozent.

Ein kontinuierlicher Anstieg des EEV ist nur beim **Verkehr** zu erkennen. Seit 1991 stieg der EEV in diesem Sektor bis 2000 auf 144,8 Prozent. Waren die Anteile am Energieverbrauch 1991 noch so verteilt, dass der Bereich „Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher“ (HGH) mit 46,7 Prozent fast die Hälfte der Endenergie verbrauchten, der Bereich „Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe“ (Verarbeitendes Gewerbe) 31,4 Prozent und der Verkehrssektor lediglich 21,9 Prozent, so ist der Verbrauch 2000 mit 39,1 Prozent bei HGH, 31,3 Prozent im Verarbeitenden Gewerbe und 29,7 Prozent im Verkehr, relativ gleich verteilt.

Auch im Jahr 2000 haben mit 41,3 Prozent die **Mineralöle** den größten Anteil am Endenergieverbrauch. Gase sind mit 26,6 Prozent und der Strom mit 14,4 Prozent am

Endenergieverbrauch beteiligt. Der Anteil der Braunkohlen verringerte sich von 1991 mit 27,3 Prozent auf 2,3 Prozent im Jahr 2000. Auch der Anteil der Fernwärme ging innerhalb dieser Zeitspanne von 10,7 Prozent auf 5,8 Prozent zurück. Die erneuerbaren Energien haben inzwischen einen Anteil von 2,3 Prozent am EEV erreicht.

Der Endenergieverbrauch bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt Brandenburgs (in Preisen von 1995) zeigt dagegen einen deutlichen Abwärtstrend. Während 1991 10,3 GJ oder 0,351 Tonnen SKE je 1 000 EUR BIP aufgewandt wurden waren im Jahr 2000 nur noch 7,0 GJ bzw. 0,238 Tonnen SKE je 1 000 EUR BIP erforderlich.

Das heißt, dass immer weniger Energie aufgewendet werden muss, um 1 000 EUR BIP zu erzeugen. Während sich in Deutschland insgesamt der EEV je 1 000 EUR BIP von 5,4 auf 4,7 also auf 85,8 Prozent verringerte, wurde er in Brandenburg sogar auf 67,8 Prozent gemindert.

Der **Endenergieverbrauch je Einwohner** stieg im Land Brandenburg seit 1991 auf 105,4 Prozent; gegenüber dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegt er bei 98,6 Prozent.



Dagmar Kiersch

Umstellung der Schuldatenerhebung im Land Brandenburg

Die Umstellung der Schuldatenerhebung auf Individualdaten beinhaltet wesentliche Rationalisierungspotentiale zur Aufwandssenkung und ereignisnahen Bereitstellung statistischer Informationen. Sie bildet eine Basis für zeitgemäße Formen der Datenerhebung, wie der E-Statistik oder der Verarbeitung von Einzeldaten mit modernen Auswertungsinstrumenten und Datenbanksystemen. Der vom Ministerium für Bildung Jugend und Sport (MBJS) in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (LDS BB) eingeschlagene Weg bildet die Grundlage für den Aufbau eines einheitlichen Schulinformationssystems.

Schuldatenerhebung bisher

Die Schuldatenerhebung wird in der Bundesrepublik als **koordinierte Landesstatistik** durchgeführt. Daraus ergibt sich, dass neben dem Informationsbedarf des Landes auch der des Bundes in der Schuldatenerhebung der Länder zu berücksichtigen ist.

Die für den Bund relevanten Erhebungsmerkmale wurden von der Kultusministerkonferenz (KMK) festgelegt und sind in allen Bundesländern verbindlicher Bestandteil der Schuldatenerhebung.

Das bisherige Verfahren zur Datenerhebung im Schulwesen beruhte im Land Brandenburg auf zwei Komponenten:

- der jährlichen Schuldatenerhebung und
- der Erhebung von Verwaltungsdaten aus den staatlichen Schulämtern.

Zur jährlichen Schuldatenerhebung wurde mit der Einführung der Schulstatistik im Schuljahr 1991/1992 ein Verfahren aus Nordrhein-Westfalen übernommen, das jeweils den Brandenburger Gegebenheiten angepasst, in der Grundkonzeption jedoch unverändert belassen wurde. Diese Verfahrensweise war auch in den Anfängen der richtige Weg, denn das Schulwesen in Brandenburg wurde so wie auch in den anderen neuen Bundesländern völlig neu gestaltet und es war wichtig, nach einem Konzept zu arbeiten, das sehr schnell auf notwendige Veränderungen in der Datenermittlung reagieren konnte.

Mit unterschiedlichen Erhebungsbögen wurden die notwendigen Daten aus den Schulen aufgenommen und im Dezernat Bildung des LDS plausibilisiert. Die plausibilisierten Daten wurden dem MBJS des Landes Brandenburg zu weiteren Auswertungen übergeben.

Das Dezernat Bildung des LDS sicherte auch die Ergebnislieferungen auf Basis der KMK-Beschlüsse an das Statistische Bundesamt und an weitere Informationsempfänger.

Seit 1992/1993 werden parallel zur Schuldatenerhebung Daten von **Lehrkräften** auch im Rahmen des Verwaltungs-

vollzuges von den staatlichen Schulämtern mit Hilfe des im MBJS entwickelten System LSPV (Lehrerstellen- und Personalverwaltung) erfasst. Dieses System erfuhr im Schuljahr 1993/1994 eine Erweiterung - die automatisierte Personalverwaltung und Stellenbewirtschaftung im Schulamt (APSIS).

Beide Komponenten - Schuldatenerhebung sowie Daten aus dem Verwaltungsvollzug- lieferten bis zum Schuljahr 2000/2001 mehr oder minder unabhängig voneinander die Daten für die einzelne Schule bzw. den Lehrer. Es stand vorerst die Aufgabe, die Stabilisierung beider Komponenten vor allem die APSIS-Komponente, zu erreichen.

Umstellung der Schuldatenerhebung

Mit der Reorganisation der Schulämter ab 2002 einher geht auch die Modernisierung und Weiterentwicklung der Informationsverarbeitung im Bereich des MBJS. Der Einsatz von APSIS in allen 6 staatlichen Schulämtern ist ein Schritt zu einem „Schulinformationssystem“, dessen integrierter Bestandteil die Umstellung der Schuldatenerhebung von aggregierten- auf **Individualdaten** ist.

Die veränderten Rahmenbedingungen wurden begleitet durch Anforderungen an die Datenerhebung und Bereitstellung der Ergebnisse der Schuldatenerhebung.

Hierzu zählen:

- die Daten werden zeitnah benötigt,
- der Umfang des Datenbedarfs wächst national und auch international,
- die Auswertungsmöglichkeiten nach Landesspezifikationen, Bundesklassifikation, nach ISCED (Level für internationale Klassifikationen) müssen flexibel gestaltet werden.

Die Entwicklung wird begleitet durch:

- steigenden Rationalisierungsdruck beim MBJS, bei den staatlichen Schulämtern, im LDS, beim Statistischen Bundesamt zur Kostensenkung bei den Erhebungsverfahren,

- neue technische Möglichkeiten,
- steigende Heterogenität im Schulwesen die die Systematik von Erhebungen, erschwert und größeren Informationsbedarf verursacht.

Die bisherige Form der Datenerhebung konnte diesen Anforderungen nicht mehr genügen und ist aus derzeitiger Sicht mit Nachteilen verbunden, die ihren Ausdruck in einem zu hohen Aufwand finden.

Im **März 2000** wurde auf der Grundlage eines ausführlichen Positionspapier zwischen dem MBJS und dem Dezernat Bildung des LDS die **Umstellung der Schuldatenerhebung** im Land Brandenburg eingeleitet.

Die Ziele der Umstellung der Schuldatenerhebung:

- die Daten werden dort erhoben, wo sie originär gehalten werden,
- zeitnahe Bedienung aller Datennutzer und damit konsequente Vermeidung redundanter Datenhaltung, Datenerhebung, Datenauswertung,
- die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten,

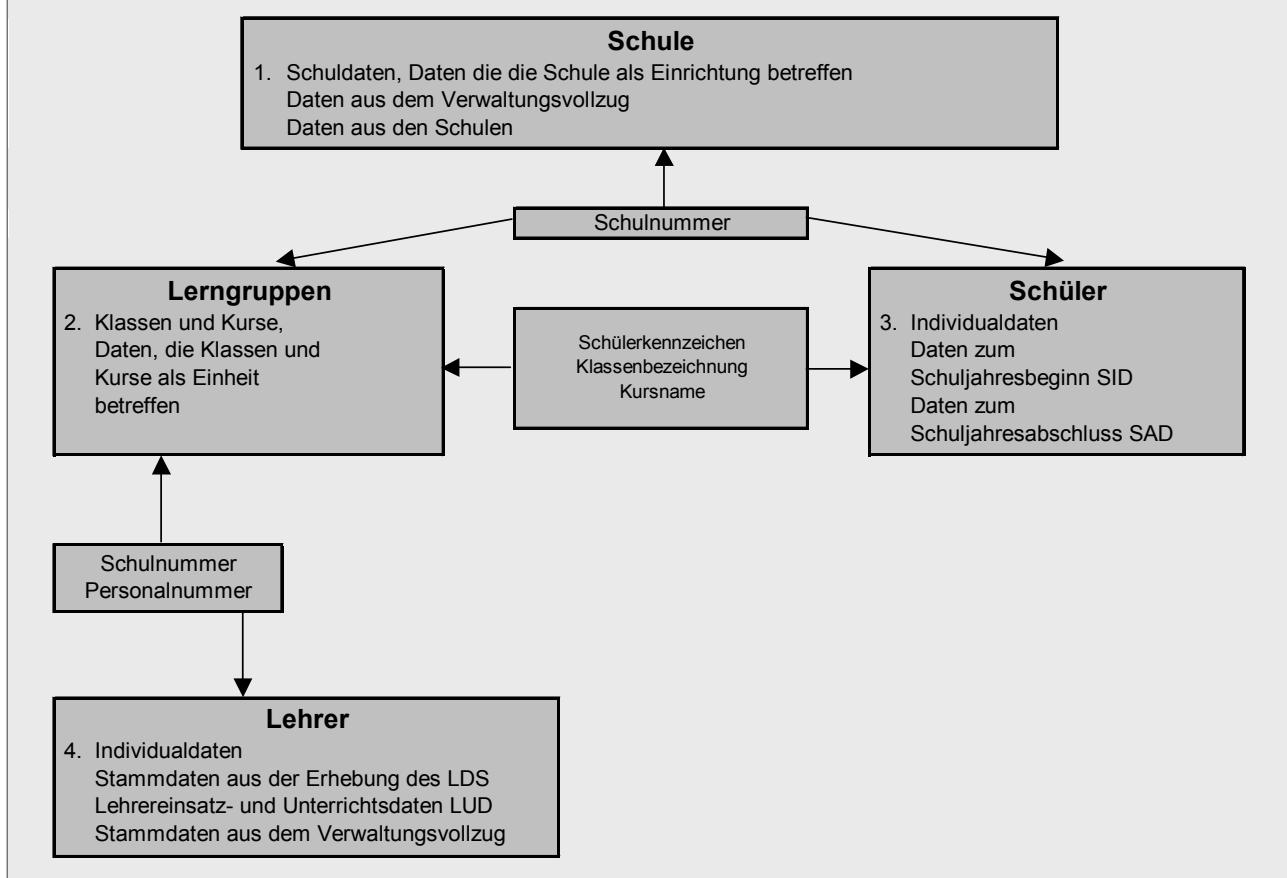
- Einbeziehung der Erfahrungen anderer Bundesländer,
- das Verfahren zukunftsorientiert und sicher gestalten.

Aus **vier Erhebungsblöcken** sollen alle erforderlichen Daten für die Aufgabenerfüllung bzw. Informationsbedürfnisse der verschiedenen Ebenen, wie beispielsweise Schulleitungen, Schulträger, Regionalschulämter, Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Bundes- und Landesministerien, Statistisches Bundesamt, Kultusministerkonferenz und internationale Gremien gewonnen werden.

Diese Erhebungsblöcke sind:

- Schule** als Ganzes, d. h. Merkmale erheben, die nur für die Schule als Einrichtung zutreffend sind,
- Lerngruppen** wie Klassen, Kurse, Arbeitsgemeinschaften,
- Personenbezogene Merkmale für den **Schüler**,
- Personenbezogene Merkmale für den **Lehrer**.

Übersicht zur Schuldatenerhebung



Diese zu erhebenden Merkmale in jedem Erhebungsblock wurden nach den Bedürfnissen der Nutzer festgelegt und definiert. Dabei wurden bewährte Begriffe und Arbeitsunterlagen in diese Umstellung einbezogen.

Als weiterer Baustein des angestrebten „Schulinformationssystem“ soll die Informationsverarbeitung innerhalb der Schulen vereinheitlicht werden. Zu diesem Zweck hat das MBJS Landeslizenzen für die Schulverwaltungsprogramme „Winschule“ sowie für das Stundenplanprogramm „GpUntis“ erworben.

Damit wird jeder allgemein bildenden Schule im Land Brandenburg die kostenlose Nutzung von „Winschule“ und allen Schulen „GpUntis“ angeboten.

Die Umstellung von aggregierten- auf Individualdaten sowohl bei Lehrkräften als auch bei Schülern stellt dabei den wesentlichen Fortschritt bei der Neugestaltung des Erhebungsverfahrens dar.

Datenfluss Lehrerdaten

Die Lehrerstammdaten für die öffentlichen Schulen werden in den staatlichen Schulämtern als personalaktenführende Stellen geführt. Die Nutzung dieser Daten aus dem Verwaltungsvollzug soll die redundante Datenhaltung (staatliches Schulamt, Schule) beseitigen. Die Lehrerstammdaten, d. h. ausgewählte Merkmale, werden von den staatlichen Schulämtern nach Möglichkeit als Datei (ist noch nicht in jedem Fall realisiert) vor dem Stichtag der Schuldatenerhebung an die Schulen übermittelt. Von der Schulleitung wird nach deren Erkenntnissen der Einsatz des betreffenden Lehrers abgeglichen. Danach dienen diese Stammdaten den Schulen für die Datenermittlung des Unterrichtseinsatzes jeder Lehrkraft und weiterer Merkmalsausprägungen.

Die staatlichen Schulämter liefern dem MBJS die abgestimmten Lehrerstammdaten. Diese erreichen über das MBJS dann den LDS zur weiteren Bearbeitung, vor allem zur Plausibilisierung und Komplettierung der Daten aus den Schulen zu dem Unterrichtseinsatz jeder Lehrkraft.

Erstmals wurde dieser Weg des Datenflusses mit der Bereitstellung des LUD-Programms (Lehrerunterrichtsdaten) im Schuljahr 2001/2002 genutzt. Für das Schuljahr 2001/2002 hatten die Schulen noch die Möglichkeiten der Datenlieferung auf Erhebungsbogen und machten davon auf Grund des damaligen Standes der Ausstattung mit PC-Technik sehr regen Gebrauch, was nicht im Sinne einer effektiven Gestaltung des Datenflusses war. Dem LDS entstand durch den Abgleich der Lehrerstammdaten aus dem MBJS und den Lehrerunterrichtsdaten aus den Schulen und der unterschiedlichen Datenträgern (Datei und Papier) ein hoher Aufwand. Hinzu kam, dass die Lehrerstammdaten

der Schulen in freier Trägerschaft vom LDS per Erhebungsbogen ermittelt werden mussten.

Für das Schuljahr 2002/2003 werden weitere Schritte zu einer effektiveren Lehrerstatistik gegangen. Allein der Wegfall der Erhebungsbogen und damit die Nutzung des LUSD-Programms (Lehrer-, Unterrichts- und Schülerdaten), welches der LDS den Schulen zur Verfügung stellt, führt zu einer effektiveren Gestaltung des Datenflusses für die Lehrerstatistik, aber auch für die anderen Erhebungsböcke.

Datenfluss Schulen, Lerngruppen, Schüler

Die Daten zu diesen Erhebungsböcken werden nicht aus dem Verwaltungsvollzug gewonnen. Die Auskunftspflicht liegt bei den rund 1 150 allgemein bildenden und beruflichen Schulen. Bisher lieferten die meisten Schulen die umfangreichen Daten auf Erhebungsbögen, jedoch in aggregierten Formen.

Wegen des Umfangs der Individualdaten ist ab diesem Schuljahr nur noch eine elektronische Datenermittlung bzw. Bearbeitung sinnvoll. Der LDS stellt zu diesem Zweck das bereits erwähnte LUSD-Programm, ein Plausibilisierungs- und Erfassungsprogramm für Lehrer-, Unterrichts- und Schülerdaten den Schulen zur Verfügung. Dieses LUSD-Programm kann alle geforderten Merkmale in sämtlichen festgelegten Ausprägungen aus dem Schulverwaltungsprogramm „Winschule“ übernehmen, plausibilisieren und die Weiterleitung der Daten auf elektronischem Wege an den LDS vorbereiten. Alternativ können die Erhebungsdaten ganz aber auch teilweise von der Schulleitung manuell in das Programm eingegeben werden.

Damit wird das bisherige Verfahren der Erhebung aggregierter Daten auf Erhebungsbögen durch Erhebung von Individualdaten in elektronischer Form an allen Schulen (auch an Schulen in freier Trägerschaft) ersetzt.

Mit der Bereitstellung (seit Ende des Jahres 1996 existieren diese Softwarelizenzen) von leistungsfähigen Schulverwaltungsprogrammen in Landeslizenz, „WinSchule“ für allgemein bildende Schulen und „gpUNTIS“ für alle Schulformen, der Ausrüstung mit Verwaltungsrechnern und der Qualifizierung der Lehrkräfte und des technischen Personals im Umgang mit Computern sind an den Schulen die Voraussetzungen für eine Umstellung des Erhebungsverfahrens von Papierbogen zu vollelektronischer Datenerfassung gegeben.

Das Erfassungs- und Plausibilisierungsprogramm LUSD-Programm übernimmt automatisch (auf der Grundlage der Schnittstellenbeschreibung) die für die Schuldatenerhebung benötigten Schülerindividualdaten aus „WinSchule“ und die Lehrerunterrichtsdaten aus „gpUNTIS“.

Ein noch bestehendes Problem liegt in der elektronischen Übernahme der Daten der beruflichen Schulen (Oberstufenzentren) in das LUSD-Programm, da die OSZ bisher über kein einheitliches Schulverwaltungsprogramm verfügen. Gegenwärtig wird durch Unterstützung des LDS an einer Lösung zur Datenübernahme gearbeitet.

Mit der Durchführung der Erhebung der Schuldaten für das aktuelle Schuljahr wird sich herausstellen, wie lauffähig das LUSD-Programm ist und welche Aufgaben in der kommenden Zeit zur weiteren Verbesserung bzw. Veränderungen am Programm zur Lösung anstehen.

Mit der Einführung und intensiven Nutzung der landesweit einheitlichen Software, der Weiterverarbeitung auf elektronischem Wege mit Hilfe des LUSD-Programms und die noch zu lösende Aufgabe einer einheitlichen Datenbank MBJS/LDS für die Schulen des Landes Brandenburg sollen langfristig folgende wesentliche Ziele erreicht werden:

- effizientere Verwaltungsarbeit,
- Zeiteinsparung im Verwaltungsbereich, und Erschließung von Ressourcen für pädagogische Arbeit,
- Arbeitserleichterung durch Softwareunterstützung,
- Erreichung einer „Tagesaktualität“ der relevanter Daten der Schulverwaltung,
- Datenübertragung zwischen kommunalen und staatlichen Stellen,
- Vereinfachung der Übertragung von statistischen Daten.

Diese Ziele sind jedoch nur schrittweise zu erreichen. Es kommt zunächst zu einem größeren Arbeitsaufwand, um die notwendigen Daten zu ermitteln.

Mit der Umstellung der Schulstatistik auf Individualdaten leistet Brandenburg für eine moderne Schulstatistik einen wichtigen Beitrag. Es ist zu erwarten, so die Einschätzung des Statistischen Bundesamtes, dass alle Länder für Zwecke der Schulstatistik Individualdaten erheben werden. Es versteht sich von selbst, dass die Erhebung von Individualdaten nur auf der Basis von elektronischen Datenübermitt-

lungen unter Einbeziehung von Schulverwaltungsprogrammen möglich ist. Dabei geht jedes Land dennoch seinen eigenen Weg, da bundes- und auch landeseinheitliche Schulverwaltungsprogramme nach dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnis nicht als hilfreich bzw. durchsetzbar angesehen werden. Dagegen verbessern einheitliche Datensätze auf jeden Fall die Position der Schulstatistik.

Einheitlicher Basismerkmalssatz für schulstatistische Individualdaten der Länder

An einem Basismerkmalsdatensatz für schulstatistische Individualdaten wird seit geraumer Zeit gearbeitet.

Eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Unterausschuss Schuldaten und Statistischen Ämtern hat auf der Grundlage des Basismerkmalssatzes „strukturierte Vorgaben“ für Erhebungsdatensätze entwickelt. Sie dienten bei der Einführung von Individualdaten als Vorgabe, welche Informationen für den überregionalen Datenbedarf mindestens zu erheben sind. Dieser Datensatz, als Kerndatensatz im Sprachgebrauch der Länder eingegangen, enthält weder länderspezifische Besonderheiten noch berücksichtigt er einen darüber hinaus gehenden länderspezifischen Datenbedarf. Über diesen Kerndatensatz hinaus werden folglich die spezifischen brandenburgischen Informationen in die Schulstatistik eingestellt.

Eine Umfrage vom Statistischen Bundesamt bei den statistischen Landesämtern ergab, dass die überwiegende Zahl der Länder ihre Erhebungen für allgemein bildende und berufliche Schulen voraussichtlich in einem Zeitraum von etwa vier Jahren ganz oder teilweise auf Individualdaten umstellen kann bzw. wird.

Datenbanken werden als ein notwendiges Instrument zur flexiblen Datenbereitstellung gesehen. In den meisten Ländern wird derzeit über den Aufbau von gemeinsamen Datenbanken der Kultusbehörden (und ggf. Schulämter) und Statistischen Landesämter nachgedacht, auf die die genannten Stellen dann festgelegte Zugriffsrechte haben. Das MBJS und der LDS prüfen gegenwärtig die Möglichkeiten des Aufbaus und der Nutzung einer gemeinsamen Datenbank.

Annemarie Harnisch

Die Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Land Brandenburg

von 1995 bis 2001

Die Produktionserhebung im Verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) vermittelt einen umfassenden Überblick über die Produktionsleistung dieses wichtigen Wirtschaftsbereiches. Sie liefert eine lückenlose Übersicht über alle im Land Brandenburg gefertigten Güterarten in Menge und Wert. Basierend auf dieser Erhebung soll im nachfolgenden Beitrag ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Land Brandenburg dargestellt werden. Betrachtet wird der Zeitraum von 1995 bis 2001.

Vorbemerkungen

Daten über produzierte Güter (Waren und eine Auswahl von Dienstleistungen) werden in einer Grundsystematik nachgewiesen. Im gesamten Bundesgebiet ist dies die jeweilige aktuelle Fassung des Systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken. Von 1995 bis Ende des Jahres 2001 wurden die Produktionsstatistiken entsprechend der Ausgabe 1995 (GP 95) in einer gegenüber den Vorjahren völlig neuen Strukturierung erfasst. Dies war im Zusammenhang mit der Harmonisierung von Normen und Methoden innerhalb der Europäischen Union (EU) zu sehen, bei der ein für alle Mitgliedstaaten verbindliches System von Klassifikationen eingeführt wurde.

Rund 1 200 Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) im Land Brandenburg melden monatlich oder vierteljährlich ihre zum Absatz bestimmte Produktion nach Menge und Verkaufswert. In der Regel sind dies Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Bei einigen ausgewählten Güterarten wird zusätzlich zur Absatzproduktion auch die zur Weiterverarbeitung bestimmte Produktion mengenmäßig abgerechnet. Es werden nur die Mengen von selbsthergestellten Erzeugnissen angegeben, die im berichtenden Betrieb, in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder im Lohnauftrag in einem anderen Unternehmen zu einem anderen Erzeugnis verarbeitet werden oder in ein anderes Erzeugnis eingebaut werden.

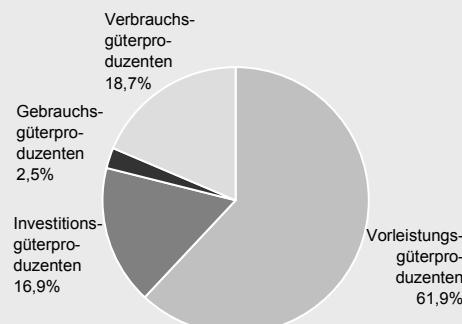
13,8 Milliarden EUR Absatzwert in Brandenburg im Jahr 2001

Im Jahr 2001 wurde somit ein Absatzwert von rund 13,8 Milliarden EUR erzielt, das entsprach einer Steigerung gegenüber 1995 um 58,2 Prozent (in jeweiligen Preisen). Das Land Brandenburg erreichte damit unverändert einen Anteil von 1,3 Prozent am gesamten Produktionswert Deutschlands.

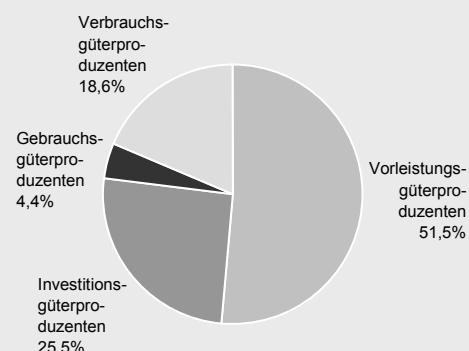
In der Untergliederung nach **Hauptgruppen** (Endverwendungskategorien) entfiel der größte Anteil auf die Vorleistungsgüterproduktion mit 51,5 Prozent, das entsprach im

Anteil der Hauptgruppen an der zum Absatz bestimmten Produktion im Verarbeitenden Gewerbe^{*)}

1995



2001



^{*)} einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Jahr 2001 rund 7,1 Milliarden EUR. Dagegen machte die Gebrauchsgüterproduktion mit 0,6 Milliarden EUR nur einen Anteil von 4,4 Prozent am Gesamtwert aus. In den vergangenen Jahren haben sich innerhalb der Gruppierungen einige Veränderungen ergeben. So hat sich der Anteil der Vorleistungsgüterproduktion deutlich verringert, die Investitionsgüterproduktion sowie die Gebrauchsgüterproduktion dagegen erhöht.

Zu der großen Gruppe der **Vorleistungsgüter** gehören im Land Brandenburg **Eisen- und Stahlerzeugnisse**, Chemische Erzeugnisse, Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden, Gummi- und Kunststoffwaren, Kohle und Torf, Papiererzeugnisse, Mineralölprodukte, Druckerzeugnisse.

Im Jahr 2001 wurden für 1,25 Milliarden EUR Eisen- und Stahlerzeugnisse sowie NE-Metalle und -erzeugnisse abgesetzt. Das entsprach einer Menge von 5,6 Millionen Tonnen. Die zur Weiterverarbeitung bestimmte Produkti-

on erhöhte sich gegenüber 1995 bei Stahlrohren, Warmbreitband, Kaltgewalztem Blech sowie Kaltband sprunghaft.

Im Land Brandenburg wurde im Jahr 2001 rund 40 Millionen Tonnen **Rohbraunkohle** gefördert, das waren fast 10 Millionen Tonnen mehr als 1995. Die Erzeugung von **Braunkohlenbriketts** hat sich in den vergangenen sieben Jahren von 2,7 Millionen Tonnen bis auf rund 0,7 Millionen Tonnen reduziert.

Die Betriebe der **chemischen Industrie** erzielten im Jahr 2001 einen Absatzwert in Höhe von 961 Millionen EUR, darunter allein bei Kunststoffen in Primärform 443 Millionen EUR. Die mengenmäßige Produktion dieser Kunststoffe belief sich insgesamt (einschl. Weiterverarbeitung) auf 388 013 Tonnen, im Jahr 1995 waren es noch 235 303 Tonnen. Das entsprach einer Steigerung um rund 65 Prozent.

Die Produktionsentwicklung ausgewählter Eisen- und Stahlerzeugnisse von 1995 bis 2001

Erzeugnis	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	1 000 t						
zum Absatz bestimmte Produktion							
Eisen- und Stahlerzeugnisse NE-Metalle und -erzeugnisse	5 571	6 089	6 120	6 006	5 834	5 869	5 644
darunter							
Blöcke und Rundstrangguss (unlegiert)	2 238	2 674	2 558	2 289	2 370	2 181	1 986
Kaltgewalztes Blech in Rollen oder Tafeln, mit einer Breite von 500 mm oder mehr	640	555	647	710	697	638	576
Walzdraht aus Stahl	954	1 128	1 155	1 251	1 240	1 311	1 181
Betonstahl in Stäben	362	437	602	537	540	493	597
Kaltband mit einer Breite von weniger als 500 mm	405	399	420	464	500	767	815
zur Weiterverarbeitung bestimmte Produktion							
Stahlrohren	1 486	1 672	1 737	1 861	1 942	1 957	2 060
Warmbreitband	-	-	293	1 027	1 039	1 219	1 500
Kaltgewalztes Blech in Rollen oder Tafeln, mit einer Breite von 500 mm oder mehr	369	357	361	412	436	710	777
Kaltband mit einer Breite von weniger als 500 mm	73	81	102	106	106	118	127

Zum Absatz bestimmte Produktion ausgewählte Erzeugnisse der Güterabteilung Kohle und Torf von 1995 bis 2001

Erzeugnis	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	1 000 t						
Kohle und Torf	33 757	33 656	35 553	38 492	39 292	39 971	41 756
darunter							
Braunkohle, roh	30 616	30 667	33 474	37 083	37 850	38 486	40 250
Staub- und Trockenkohle	363	324	349	445	590	666	677
Braunkohlenbriketts	2 676	2 621	1 687	964	814	662	651

Zum Absatz bestimmte Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Güterabteilung Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden von 1995 bis 2001

Erzeugnis	Maßeinheit	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Vorgefertigte Bauelemente aus Zement, Beton und Kunststein	1 000 EUR	310 224	317 866	330 294	293 501	286 723	263 863	208 780
Gipserzeugnisse für den Bau	1 000 m ²	-	20 775	45 403	103 431	127 039	104 797	102 595
Frischbeton	1 000 m ³	2 568	2 923	2 536	2 020	1 876	1 647	1 255
Mörtel	t	153 897	436 879	428 301	469 106	393 217	484 116	533 378

Für 104 Millionen EUR wurden Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte hergestellt. Dies waren 105 937 Tonnen - 67 Prozent mehr als vor sieben Jahren.

Die Chemiefaserproduktion stieg von 1995 (73 989 Tonnen) bis 2000 (94 688 Tonnen) wieder kontinuierlich an, sank aber im Jahr 2001 rapide ab. Es wurden nur noch 62 913 Tonnen mit einem Absatzwert von 136 Millionen EUR produziert.

Einen großen Anteil nimmt im Land Brandenburg die Herstellung von **Glas, Keramik sowie die Bearbeitung von Steinen und Erden** ein. 190 Betriebe erzielten im Jahr 2001 einen Produktionswert von rund 945 Millionen EUR. Beton-, Zement- und Gipserzeugnisse waren daran zur Hälfte beteiligt.

Die **investitionsgüterproduzierenden Betriebe** erzielten im Jahr 2001 einen Absatzwert von 3,5 Milliarden EUR; im Jahr 1995 waren es nur rund 1,5 Milliarden EUR. Dabei ist vor allem erwähnenswert die Herstellung von:

- Stahl- und Leichtmetallbaukonstruktionen,
- Maschinenbauerzeugnissen,
- Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten- und -einrichtungen,
- Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren,
- Nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen,
- Mess-, Kontroll-, Navigations- u. ä. Instrumente und -vorrichtungen,
- Kraftwagen und -motoren, Karosserien, Aufbauten und Anhänger.
- Schienenfahrzeugen und
- Luft- und Raumfahrzeugen.

So wurden beispielsweise pro Jahr im Durchschnitt von den Metallbaubetrieben 100 000 Tonnen Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse produziert.

Die nachstehend aufgeführten Erzeugnisse des Schienenfahrzeugbaus sowie des Luft- und Raumfahrzeugbaus sind von ihrem Wertumfang für das Land Brandenburg sehr bedeutend.

Zum Absatz bestimmte Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Güterabteilung Sonstige Fahrzeuge von 1995 bis 2001

Erzeugnis	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Stück						
Dieselelektrische Lokomotiven (Leistung < = 1000 kW)	-	-	-	-	-	-	21
Hochgeschwindigkeitstriebwagen (Geschwindigkeit < = 250 km/h)	42	19	25	7	18	-	4
Hochgeschwindigkeitstriebwagen (Geschwindigkeit > 250 km/h)	-	-	-	-	-	14	2
Triebwagen mit Stromspeisung aus dem Netz für S- und U- Bahnen, schwer	-	-	62	201	101	125	212
Andere Triebwagen und Schienenbusse	35	77	51	42	14	60	85
Turbostrahltriebwerke mit einer Schubkraft von < = 25 kN für zivile und halböffentliche Luftfahrzeuge	-	-	-	-	-	-	-
Turbostrahltriebwerke mit einer Schubkraft von > 25 kN für zivile und halböffentliche Luftfahrzeuge	-	-	-	-	185	198	263

**Zum Absatz bestimmte Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Gütergruppe
Elektrische Haushaltsgeräte von 1995 bis 2001**

Erzeugnis	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Stück						
Waschvollautomaten Frontlader, mit einem Fassungsvermögen bis 6 kg	-	-	-	-	32 800	187 900	262 497
Toplader, mit einem Fassungsvermögen bis 6 kg	-	54 896	249 676	293 964	240 186	243 977	284 780
Wäschetrockner	80 932	331 766	397 203	410 063	490 202	546 033	575 046

**Zum Absatz bestimmte Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Güterabteilung
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes von 1995 bis 2001**

Erzeugnis	Maßeinheit	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Fleisch- und Fleischerzeugnisse	1 000 t	271	275	280	294	325	297	294
Frucht- und Gemüsesäfte	1 000 l	4 900	19 730	30 781	35 486	35 648	35 613	43 850
Verarbeitetes Obst und Gemüse	1 000 t	81	86	103	105	144	148	178
Milch- und Milcherzeugnisse	1 000 t	417	474	723	604	619	603	596
Zucker	t	23 934	26 455	55 307	58 351	56 535	54 332	51 442
Bier	1 000 hl	1 955	2 146	1 731	2 065	2 043	1 962	1 771
Mineralwasser, Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke	1 000 hl	1 782	3 266	4 159	5 851	6 347	7 595	9 309

Die Produktion von **Gebrauchsgütern** hat im Land Brandenburg nur einen Anteil von rund 4 Prozent. Das bedeutete für das Jahr 2001 einen Absatzwert von 607 Millionen EUR, 1995 waren es 216 Millionen EUR. Dieser Entwicklungssprung wurde hauptsächlich durch die Produktionssteigerung bei **elektrischen Haushaltsgeräten** erreicht.

Für ca. 2,6 Milliarden EUR wurden im Jahr 2001 Verbrauchsgüter produziert, das entsprach gegenüber dem Jahr 1995 einem wertmäßigen Zuwachs von 58 Prozent.

Zur **Verbrauchsgüterproduktion** zählt im Wesentlichen das **Ernährungsgewerbe**. Bei einigen Erzeugnissen zeigte sich in den vergangenen Jahren eine deutliche mengenmäßige Steigerung.

Wie bedanken uns bei den Betrieben, die uns die Veröffentlichung ihrer Daten genehmigt haben. Ohne diese Freigabe wäre eine Darstellung einiger wichtiger Erzeugnisse aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich gewesen.

Karin Rösler

Entwicklung und Struktur der Arbeitnehmerentgelte im Land Brandenburg

Der nachfolgende Beitrag gibt einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte nach dem Inlandskonzept für die Jahre 1991 bis 2001. Das Inlandskonzept schließt ein, dass der Nachweis der Arbeitnehmerentgelte am Arbeitsort erfolgt, unabhängig vom Wohnort der Arbeitnehmer. Die vorliegenden Ergebnisse sind Berechnungen des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dem alle Statistischen Landesämter angehören, und basieren auf dem „Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995“ (ESVG 1995).

Vorbemerkungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in einer Volkswirtschaft zu geben, wobei versucht wird, die Zusammenhänge im Wirtschaftskreislauf darzustellen.

Unter Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaftsbereiche verstanden, die ihren ständigen Sitz im Inland haben. Bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eines Landes rechnet zum „Inland“ nur das Staatsgebiet des jeweiligen Landes (hier das Land Brandenburg), das gegenüber dem Ausland und den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland abgegrenzt werden muss.

Gleichzeitig mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen in den Wirtschaftsbereichen beginnt der Prozess der Entstehung des unmittelbar aus dem Produktionsablauf resultierenden Einkommens, d. h. der Arbeitnehmerentgelte (ANE).

Die vorliegenden Ergebnisse entsprechen dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom März 2002.

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Darstellungszeitraum geleistete Arbeit.

Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geld- und Sachleistungen sowie in Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Bruttolöhne und -gehälter (BLG) umfassen Geld- und Sachleistungen der Arbeitgeber an die Arbeitnehmer.

Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geldleistungen sind regelmäßig gezahlte Grundlöhne und -gehälter, Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Teuerungs- und Auslandszulagen, Weihnachtsgratifikation, Fahrtkostenzuschüsse u. ä.

Bruttolöhne und -gehälter in Form von Sachleistungen umfassen unter anderem auf Rechnung des Arbeitsgebers erbrachte Unterbringungsdienstleistungen, Uniformen und andere spezielle Bekleidung, Freifahrten und -flüge für die Arbeitnehmer von Bahn- oder Fluggesellschaften, Betriebskindertagesstätten u. ä.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber (AGB) schließen die gesetzlich vorgeschriebenen, vertraglich vereinbarten oder freiwillig vom Arbeitgeber übernommenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung (tatsächliche Sozialbeiträge) sowie unterstellte Sozialbeiträge ein.

Dem Volumen nach stellen die Arbeitnehmerentgelte eine wichtige volkswirtschaftliche Größe dar. Sie fügen sich in das Schema der Einkommensentstehungskonten wie folgt ein:

- Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (bereinigt)
- Abschreibungen
- = Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen
 - Arbeitnehmerentgelte
 - Bruttolöhne und -gehälter
 - Sozialbeiträge der Arbeitgeber
 - Nettobetriebsüberschuss einschl. Selbständigen-einkommen
 - Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen

Um die Arbeitnehmerentgelte als auch die Bruttolöhne und -gehälter miteinander vergleichen zu können, bietet sich die Berechnung von Pro-Kopf-Werten an. Eine geeignete Bezugsgröße hierfür ist die Anzahl der Arbeitnehmer, die das entsprechende Entgelt erwirtschaftet haben. Die jeweiligen Bezugszahlen (hier: Arbeitnehmer) werden durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigengenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) berechnet und zur Verfügung gestellt.

Als Arbeitnehmer (AN) zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter.

Arbeitnehmerentgelte

Der Gesamtbetrag der Arbeitnehmerentgelte betrug im Jahr 2001 für das Land Brandenburg 24,6 Milliarden EUR, das waren rund 58 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Im Jahr 1991 machte in Brandenburg das Arbeitnehmerentgelt noch rund 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Einkommensquote).

Innerhalb des Zeitraum von 1991 bis 2001 nahm das Volumen der Arbeitnehmerentgelte bis 1999 ständig zu, wenn auch mit sinkenden Zuwachsraten. Ab dem Jahr 2000 trat erstmals ein Rückgang ein, der hauptsächlich durch die Abnahme der Arbeitnehmerzahlen begründet ist.

Arbeitnehmerentgelte, Arbeitnehmer und Einkommensquote 1991 bis 2001 im Vergleich

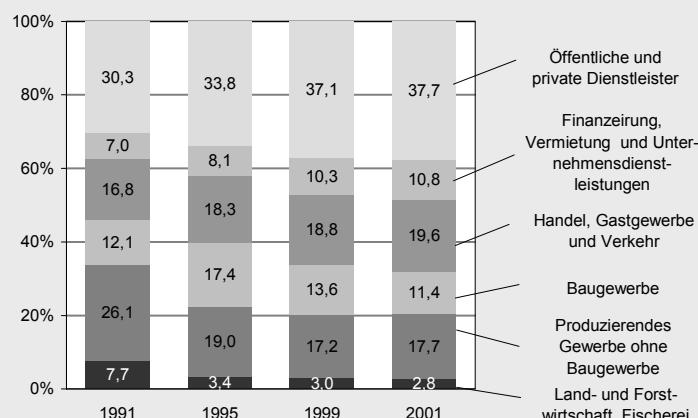
Jahr	Arbeit-	Verände-	Arbeit-	Verände-	Einkom-
	nehr-	rengung	nehr-	rengung	mens-
	entgelte	zum Vor-	nehrer	zum Vor-	quote
	Mrd.	Prozent	1 000	Prozent	
	EUR		Personen		
Land Brandenburg					
1991	15,2	.	1 127,3	.	79,7
1995	23,7	+ 8,3	985,3	+ 1,9	64,6
1999	24,8	+ 1,9	967,3	- 0,1	59,4
2001	24,6	- 0,9	932,4	- 2,4	58,1
Deutschland					
1991	844,0	.	34 874,0	.	56,2
1995	996,9	+ 3,7	33 550,0	+ 0,1	55,3
1999	1 059,3	+ 2,7	34 133,0	+ 1,5	53,7
2001	1 110,8	+ 1,9	34 810,0	+ 0,2	53,8
dar.: Neue Bundesländer ohne Berlin					
1991	84,7	.	6 435,2	.	81,0
1995	130,0	+ 8,8	5 579,3	+ 1,8	64,7
1999	136,1	+ 2,8	5 467,0	+ 0,4	61,0
2001	135,3	- 0,5	5 276,7	- 2,2	59,4

Bei der Betrachtung der Wirtschaftsbereiche wird deutlich, dass die einzelnen Bereiche in ihrer Wichtung sehr unterschiedlich sind.

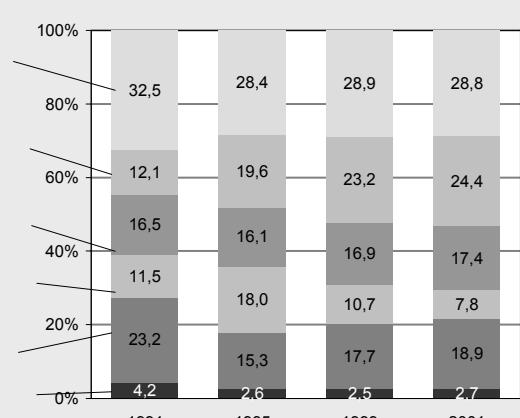
Der Anteil der Dienstleistungsbereiche (Handel, Gastgewerbe und Verkehr; Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen; Öffentliche und private Dienstleister;

Anteil der Wirtschaftsbereiche an

den Arbeitnehmerentgelten im Land Brandenburg



der Bruttowertschöpfung im Land Brandenburg



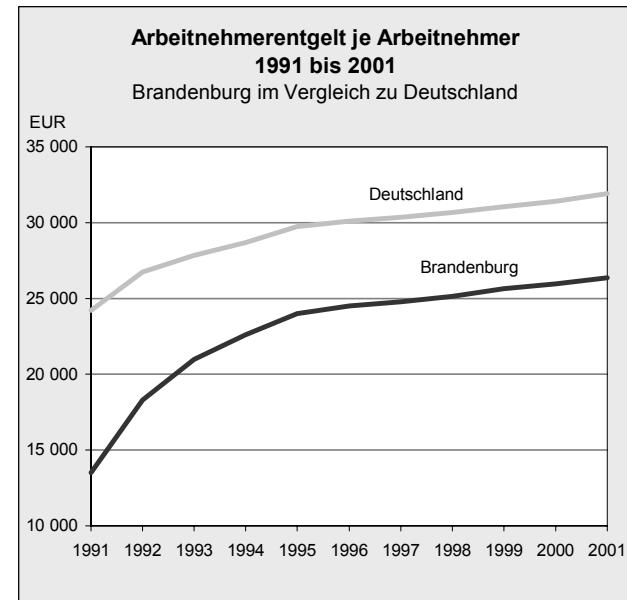
leister) an den Wirtschaftsbereichen nimmt ständig zu, dagegen nimmt er beim Produzierenden Gewerbe (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe) ab, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Dieser Prozess verlangsamt sich und es ist zu erwarten, dass sich der Anteil der Bereiche auf ein bestimmtes Niveau einpegeln wird.

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer

Um das Arbeitnehmerentgelt regional und bereichsweise vergleichen zu können wird das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer herangezogen.

Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Pro-Kopf-Einkommen) stieg in Brandenburg im Jahr 2001 auf 26 367 EUR, das waren 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit 1991 hat sich das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt nahezu verdoppelt und ist damit im gleichen Ausmaß wie in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin) gestiegen.

Im Jahre 2001 erhielten die Arbeitnehmer in Brandenburg 5 540 EUR weniger als im deutschen Durchschnitt, aber



720 EUR mehr als im Durchschnitt der Neuen Bundesländer (ohne Berlin).

In der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen stellt sich die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen wie folgt dar:

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer

Wirtschaftsbereiche	1995				2001			
	Absolut	1991 =100	Insges. =100	Deutschl. =100	Absolut	1991 =100	Insges. =100	Deutschl. =100
	EUR	Prozent			EUR	Prozent		
Arbeitnehmerentgelt insgesamt	24 005	178	100	81	26 367	195	100	83
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	16 700	147	70	88	18 524	163	70	90
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	27 889	216	116	78	31 537	244	120	78
Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	38 121	199	159	91	43 317	227	164	92
Verarbeitendes Gewerbe	25 813	230	108	73	30 175	269	114	76
Energie- und Wasserversorgung	33 677	191	140	77	40 901	231	155	81
Baugewerbe	23 108	149	96	86	23 592	153	89	82
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	20 479	175	85	81	21 695	186	82	83
Handel; Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern; Gastgewerbe	18 148	164	76	77	19 246	173	73	79
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	25 569	203	107	83	27 762	220	105	85
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	24 718	141	103	77	26 814	153	102	80
Kredit- und Versicherungsgewerbe	30 915	147	129	73	38 825	185	147	84
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister.	23 353	141	97	85	24 870	150	94	84
Öffentliche und private Dienstleister	25 874	179	108	91	29 190	201	111	96
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	29 137	218	121	91	33 274	249	126	91
Erziehung u. Unterricht; Gesundheits-, Veterinär- u. Sozialwesen; Sonst. öff. und priv. Dienstleister; Häusliche Dienste	24 241	161	101	91	27 357	182	104	97

Unter Berücksichtigung des Ausgangsniveaus des Jahres 1991 (Basiswerte) vollzog sich die Einkommensentwicklung zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr differenziert. So war die Zunahme des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer 2001 im Verarbeitenden Gewerbe, in der Energie- und Wasserversorgung und im Bereich Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherungswesen bezogen auf die Basiswerte am höchsten. Betrachtet man jedoch das Einkommensniveau im Vergleich zum Landesdurchschnitt bzw. zu Deutschland, dann wird deutlich, dass in den Bereichen, wo die höchsten Zuwachsraten erzielt wurden, nicht unbedingt auch das höchste Niveau zu verzeichnen ist.

Am weitesten vorangeschritten ist die Angleichung der Einkommen bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern, im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft. Den größten Abstand zum bundesdeutschen Einkommensdurchschnitt weist das Verarbeitende Gewerbe aus.

Lohnstückkosten

Unter Lohnstückkosten sind die Lohnkosten je Produktionseinheit zu verstehen. Sie werden als Relation zwischen dem Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten je Arbeitnehmer) zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen (Produktivität je Erwerbstägigen), jeweils nach dem Inlandskonzept berechnet. Für einen Ausweis der Lohnstückkosten in einzelnen Wirtschaftsbereichen werden analog die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer des betreffenden Wirtschaftsbereiches sowie die unbereinigte Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen je Erwerbstägigen dieses Wirtschaftsbereiches herangezogen.

Aus der Entwicklung der Lohnstückkosten lässt sich schließen, wie sich die Arbeitskosten je Produktionseinheit verändert haben.



Im Land Brandenburg lagen die Lohnstückkosten 1991 bei 61,4 Prozent. Im Jahr 1995 stiegen sie auf 70,0 Prozent und gingen bis 2001 auf 67,0 Prozent zurück

Die Lohnstückkosten insgesamt des Landes Brandenburg lagen 1991 um rund 7 Prozent über dem Wert von Deutschland. Im Jahr 2001 waren es nur noch rund 4 Prozent.

Bruttolöhne und -gehälter, Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Eine weitere wichtige Größe stellen die Bruttolöhne und -gehälter dar. Ihre Entwicklung ist für den Einzelnen oftmals aussagefähiger als die der Arbeitnehmerentgelte, da die Sozialbeiträge der Arbeitgeber nicht enthalten sind.

Die Bruttolöhne und -gehälter machen rund 80 Prozent der Arbeitnehmerentgelte aus.

Der durchschnittliche Verdienst je beschäftigten Arbeitnehmer lag in Brandenburg im Jahr 2001 bei 21 268 EUR. Das sind 4 647 EUR weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt und 506 EUR mehr als der Durchschnittsverdienst in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin). Damit war der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer gegenüber 1991 (88 Prozent) geringer als bei den Arbeitnehmerentgelten (95 Prozent). Ursache dafür ist das stärkere Wachstum der Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Diese erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 134 Prozent. Das sind 19,3 Prozent des Arbeitnehmerentgeltes gegenüber 16,1 Prozent im Jahre 1991.

Ein Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitnehmer gegenüber 1991 ist in allen Wirtschaftsbereichen festzustellen, wenn auch in unterschiedlicher Höhe. Die höchsten Steigerungsraten sind in den Wirtschaftsberei-



Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte, Bruttolöhne und -gehälter, und Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitnehmer 2001

Land Gebiet	Arbeitnehmerentgelt			Bruttolöhne und -gehälter			Sozialbeiträge der Arbeitgeber		
	je Arbeitnehmer								
	Absolut	1991 =100	Deutsch- land =100	Absolut	1991 =100	Deutsch- land = 100	Absolut	1991 =100	Deutsch- land =100
	EUR	Prozent		EUR	Prozent		EUR	Prozent	
Baden-Württemberg	34 253	124	107	27 855	123	107	6 398	127	107
Bayern	33 323	128	104	27 099	127	105	6 224	131	104
Berlin	31 983	138	100	25 884	136	100	6 099	147	102
Brandenburg	26 367	195	83	21 268	188	82	5 099	234	85
Bremen	33 994	123	107	27 669	122	107	6 325	124	105
Hamburg	35 572	122	111	28 926	122	112	6 646	124	111
Hessen	34 468	124	108	28 002	123	108	6 466	127	108
Mecklenburg-Vorpommern	25 336	191	79	20 495	183	79	4 841	234	81
Niedersachsen	31 317	121	98	25 422	120	98	5 895	124	98
Nordrhein-Westfalen	32 884	120	103	26 720	119	103	6 164	122	103
Rheinland-Pfalz	31 302	122	98	25 408	121	98	5 894	125	98
Saarland	31 559	122	99	25 579	122	99	5 980	124	100
Sachsen	25 580	194	80	20 738	187	80	4 842	231	81
Sachsen-Anhalt	25 623	195	80	20 735	188	80	4 888	234	82
Schleswig-Holstein	30 443	125	95	24 683	124	95	5 760	128	96
Thüringen	25 309	199	79	20 531	191	79	4 778	239	80
Deutschland	31 911	132	100	25 915	131	100	5 996	137	100
dar. Alte Bundesländer ¹⁾	33 082	123	104	26 882	122	104	6 200	126	103
Neue Bundesländer ¹⁾	25 646	195	80	20 762	188	80	4 884	234	81

1) ohne Berlin

chen Energie- und Wasserversorgung, Verkehr und Nachrichtenwesen sowie Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung zu verzeichnen.

Grundsätzlich ist zu vermerken, dass die Zuwachsrraten seit 1994, genau wie bei den Arbeitnehmerentgelten und Bruttolöhnen und -gehältern, zurückgehen.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte, der Bruttolöhne und -gehälter und der Sozialbeiträge je Arbeitnehmer in den Bundesländern für das Jahr 2001 zeigt die vorangestellte Tabelle.

Fazit

Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Pro-Kopf-Einkommen) stieg in Brandenburg im Jahr 2001 auf 26 367 EUR. Damit erhielten die Arbeitnehmer in Brandenburg 5 540 EUR weniger als im gesamtdeutschen Durchschnitt, aber 720 EUR mehr als in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin).

Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer hat sich seit 1991 nahezu verdoppelt.

Am weitesten vorangeschritten ist die Angleichung der Einkommen bei den Öffentlichen und privaten Dienstleistern, im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft. Den größten Abstand zum bundesdeutschen Einkommensdurchschnitt weist das Verarbeitende Gewerbe aus.

Die Lohnstückkosten insgesamt des Landes Brandenburg lagen 1991 um rund 7 Prozent über dem Wert von Deutschland. Im Jahr 2001 warten es nur noch rund 4 Prozent.

Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer war gegenüber 1991 (88 Prozent) geringer als bei den Arbeitnehmerentgelten (95 Prozent). Ursache dafür ist das stärkere Wachstum der Sozialbeiträge der Arbeitgeber (134 Prozent).

Dipl. Ing.-oec. Barbara Neumann

Beschäftigungsdynamik in der Brandenburger Industrie

Eine Analyse unter Berücksichtigung der Betriebsgröße

Die These der besonderen Rolle kleiner Betriebe zum Beschäftigungszuwachs rückt regelmäßig in der Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Dabei heißt es, kleine Betriebe würden einen großen Beschäftigungsbeitrag leisten. Interessant ist es, zu untersuchen, ob diese These durch die Entwicklung in der Brandenburger Industrie gestützt werden kann. Im Folgenden werden die Beschäftigungsbeiträge nach Betriebsgrößen in der Brandenburger Industrie von 1995 bis 2000 untersucht. Bei dieser Analyse werden die Betriebe auf Basis ihrer Beschäftigtenzahl nach der von der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development/Paris) angewandten Klassifizierung von Betrieben eingestuft. Als kleine Betriebe gelten demnach solche Betriebe mit bis zu 99 Beschäftigten, als mittlere Betriebe solche von 100 bis zu 499 Beschäftigten und als große Betriebe solche mit 500 beschäftigten Personen und mehr. Die Ergebnisse für die kleinste Betriebsgröße werden in der Analyse zudem noch differenzierter präsentiert. Die Klassifizierung unterscheidet hier insbesondere zwischen kleinen Betrieben mit mehr als 20 und bis zu 99 Beschäftigten (Kleinbetriebe) sowie sehr kleinen Betrieben mit bis zu 19 beschäftigten Personen (Kleinbetriebe). Der nachfolgende Beitrag stellt die jüngsten Ergebnisse im Rahmen eines Kooperationsprojektes des LDS Brandenburg mit dem Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie der Universität Potsdam mit amtlichen Mikrodaten der Industrieberichterstattung vor. Er bildet inhaltlich eine Fortsetzung der bereits in früheren Ausgaben der Schriftenreihe Daten + Analysen veröffentlichten Ergebnisse (s. u.a. Daten + Analysen, Heft IV/2001). Datenbasis der Analysen sind dabei die amtlichen Betriebsdaten Brandenburger Industriebetriebe des Verarbeitenden Gewerbes aus den Berichtskreisen der monatlich meldenden Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten sowie der jährlich meldenden Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten im Zeitraum 1995 bis 2000. Für methodische Erläuterungen sei auf die erwähnten Veröffentlichungen zur Thematik verwiesen.

Methodische Vorbemerkungen

Eine **Interpretation von Nettobeschäftigungsveränderungen** ist nur unter Kenntnis der Bruttoveränderungen der Beschäftigungslage in den Brandenburger Industriebetrieben möglich. Nur die Kenntnis dieser Bruttoveränderungen der Beschäftigung gibt letztlich Aufschlüsse über die Schaffung und den Wegfall von Beschäftigungsverhältnissen durch bestehende, neuauftretende und schließende Betriebe.

Um dieses bekannte Problem der Interpretation von **Gesamtbeschäftigungsveränderungen** zu beheben, ist die Anwendung von Paneldaten erforderlich. Dies ermöglicht es zu untersuchen, wie sich einzelne Beschäftigungsströme (Schaffung und Verlust an Arbeitsplätzen) den definierten Betriebsgrößenklassen (BGK) zuordnen, die diesen Nettobeschäftigungsveränderungen zwischen 1995 und 2000 unterliegen. Die folgende Untersuchung beruht auf der Methodik der sogenannten **Job-Turnover-Analyse**, die von der OECD vorgeschlagen wurde.

Als Datenbasis der Analyse werden dabei alle **Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes** im Land Brandenburg einbezogen. Von 1995 bis 2000 werden jeweils Zweijahresperioden betrachtet. Die Betriebe werden dabei in den jeweiligen Zweijahresperioden einer Klasse zugeordnet und anschließend die Bruttobeschäftigungszuwächse und -verluste einzelner BGK in den jeweiligen Zweijahresperioden identifiziert. Zu beachten ist, dass bei der Klassifizierung der Betriebe auf Basis der Beschäftigung im Ausgangsjahr das Problem einer möglichen Überschätzung der Arbeitsplatzschaffung kleiner Betriebe auftreten kann. Deshalb werden in dieser Untersuchung die Betriebe nach der durchschnittlichen Anzahl der Beschäftigten im Ausgangs- und Endjahr klassifiziert.

Die **Rolle der Betriebsgröße** wird bei der Arbeitsplatzschaffung hauptsächlich unter drei Gesichtspunkten eingeschätzt:

- Ein erster Eindruck wird durch einen Blick auf die durchschnittlichen relativen Netto-Beschäftigungsveränderungen einzelner BGK über die gesamte Periode gewonnen.

- Weiter werden zum Vergleich der Beschäftigungsbeiträge nach BGK die kumulierten absoluten Beschäftigungsbeiträge über die Zweijahresperiode von 1995 bis 2000 verglichen (absolute, kumulierte Brutto- und Netto-Beschäftigungsströme).
- Schließlich wird die Analyse durch eine Untersuchung der **Beschäftigungsdynamik** ergänzt, die insbesondere die Entwicklung der relativen Beschäftigungsveränderungen einzelner BGK über die jeweiligen Zweijahresperioden hervorhebt. Dabei werden in den jeweiligen Zwischenperioden die (positiven oder negativen) Beschäftigungsbeiträge einer BGK relativ zur Beschäftigung in dieser Größenklasse im Ausgangsjahr gesetzt und mit denen anderer Betriebsgrößenklassen verglichen. Ziel ist es, zu untersuchen, ob eine BGK über die Zweijahresperioden durchschnittlich besser abschneidet als die anderen Größenklassen.

Grundlegende Tendenzen der Beschäftigungsdynamik nach Betriebsgrößenklassen

Ein erster Blick auf die **Beschäftigung nach Betriebsgrößen** im Jahr 1995 und 2000 weist eindeutig auf eine Verschiebung der Beschäftigungsstruktur zugunsten kleiner Betriebe hin.

- Im Zeitraum 1995 bis 2000 hat sich die Zahl der Beschäftigten in den Brandenburger Industriebetrieben von 109 778 auf insgesamt 101 290 Personen verringert. Dies ist ein **Rückgang der Gesamtbeschäftigung um rund 8 Prozent**. Größter Arbeitgeber unter den Brandenburger Betrieben sind nach wie vor Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten. Im Jahre 2000 beschäftigte dieser Betriebstyp landesweit rund 27 Tausend Personen (1995: rund 46 Tausend). Zweitgrößter Arbeitgeber waren im Jahr 2000 die Betriebe mit 20 bis zu 99 Beschäftigten (18 639 Personen).
- Beschäftigten die großen Betriebe 1995 fast 42 Prozent der Personen in den Brandenburger Industriebetrieben, sind es 2000 nur etwa 27 Prozent. Gleichzeitig konnten jedoch nahezu alle anderen Betriebsgrößenklassen ihren Anteil erhöhen.
- Dieser starke Rückgang des Anteils größerer Betriebe an der gesamten Beschäftigung lässt sich einerseits mit einem starken Beschäftigungsrückgang in den großen Betrieben um rund 40 Prozent, aber auch mit einer beachtlichen Zunahme der Beschäftigung in kleinen Betrieben mit bis zu 99 Beschäftigten erklären. Für die Kleinstbetriebe mit einer Beschäftigung bis zu 19 Personen ist ein Beschäftigungszuwachs um rund 28 Prozent feststellen. Die deutlichste Steigerung der Beschäftigung erreichte dabei die Klasse der Betriebe mit bis zu 4 Beschäftigten (+ 106 Prozent). In der Betriebsgrößenklasse mit 20-49 Personen

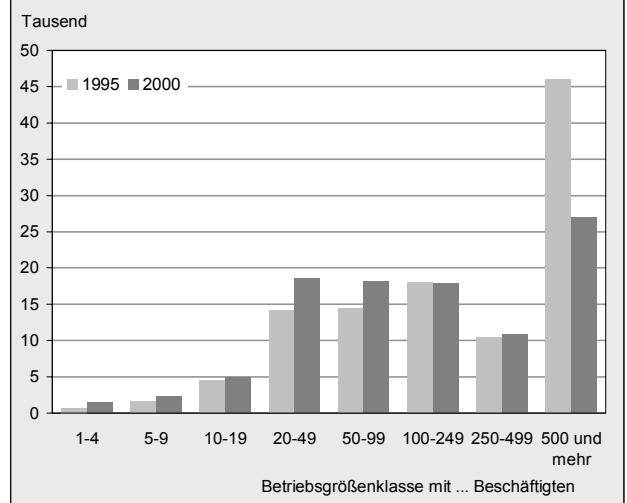
Klassifizierung für BGK:

BGK mit ... Beschäftigten	=	
1 - 19	=	Kleinstbetriebe
20 - 99	=	Kleinbetriebe
100 - 499	=	mittlere Betriebe
500 und mehr	=	Großbetriebe

Entwicklung der Beschäftigung nach Betriebsgrößenklassen (des Berichtsjahres)

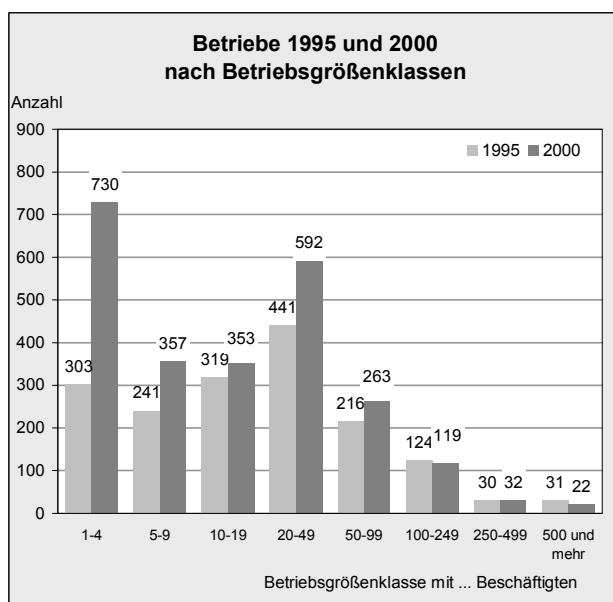
Betriebe mit ... Beschäftigten	Anteil an der gesamten Beschäftigung		Absolut		Veränderung 2000 gegenüber 1995
	1995	2000	1995	2000	
	Prozent		Anzahl		Prozent
1 - 19	6,3	8,7	6 869	8 803	+ 28,2
1 - 4	0,7	1,5	720	1 487	+ 106,5
5 - 9	1,5	2,3	1 656	2 370	+ 43,1
10 - 19	4,1	4,9	4 493	4 946	+ 10,1
20 - 99	26,0	36,3	28 546	36 780	+ 28,8
20 - 49	12,9	18,4	14 117	18 639	+ 32,0
50 - 99	13,1	17,9	14 429	18 141	+ 25,7
100 - 499	25,9	28,4	28 395	28 746	+ 1,2
100 - 249	16,4	17,7	17 996	17 882	- 0,6
250 - 499	9,5	10,7	10 399	10 864	+ 4,5
500 und mehr	41,9	26,6	45 968	26 961	- 41,3
Insgesamt	100	100	109 778	101 290	- 7,7

Tätige Personen 1995 und 2000 nach Betriebsgrößenklassen

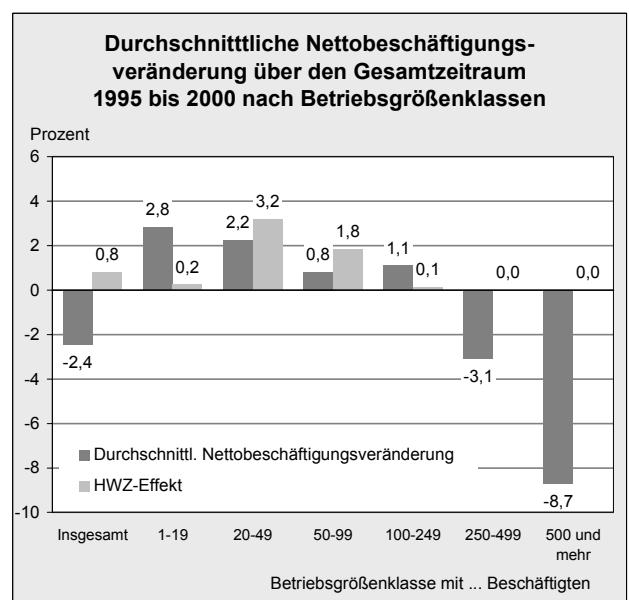


konnte die Beschäftigtenzahl um 32 Prozent gesteigert werden. Auch in den Betrieben mit 50 - 99 Beschäftigten wurde noch ein Zuwachs um rund 26 Prozent erreicht. Allerdings muss ein statistischer Effekt zugunsten kleiner Betriebe (20 bis 99 Beschäftigte) erwähnt werden, der ausführlich im weiteren dargestellt wird. Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklungen nach BGK eignet sich deshalb an dieser Stelle noch nicht.

Entwicklung der Betriebe nach Betriebsgrößenklassen (des Berichtsjahres)						
Betriebe mit ... Beschäftigten	Anteil an den Betrieben		Absolute Anzahl		Veränderung 2000 gegenüber 1995	Percent
	1995	2000	1995	2000		
	Percent		Anzahl			
1 - 19	50,6	58,3	863	1 440	+ 66,9	
1 - 4	17,8	29,6	303	730	+ 140,9	
5 - 9	14,1	14,5	241	357	+ 48,1	
10 - 19	18,7	14,3	319	353	+ 10,7	
20 - 99	38,6	34,7	657	855	+ 30,1	
20 - 49	25,9	24,0	441	592	+ 34,2	
50 - 99	12,7	10,7	216	263	+ 21,8	
100 - 499	9,1	6,1	154	151	- 1,9	
100 - 249	7,3	4,8	124	119	- 4,0	
250 - 499	1,8	1,3	30	32	+ 6,7	
mehr als 500	1,8	0,9	31	22	- 29,0	
Insgesamt	100	100	1 705	2 468	+ 44,8	



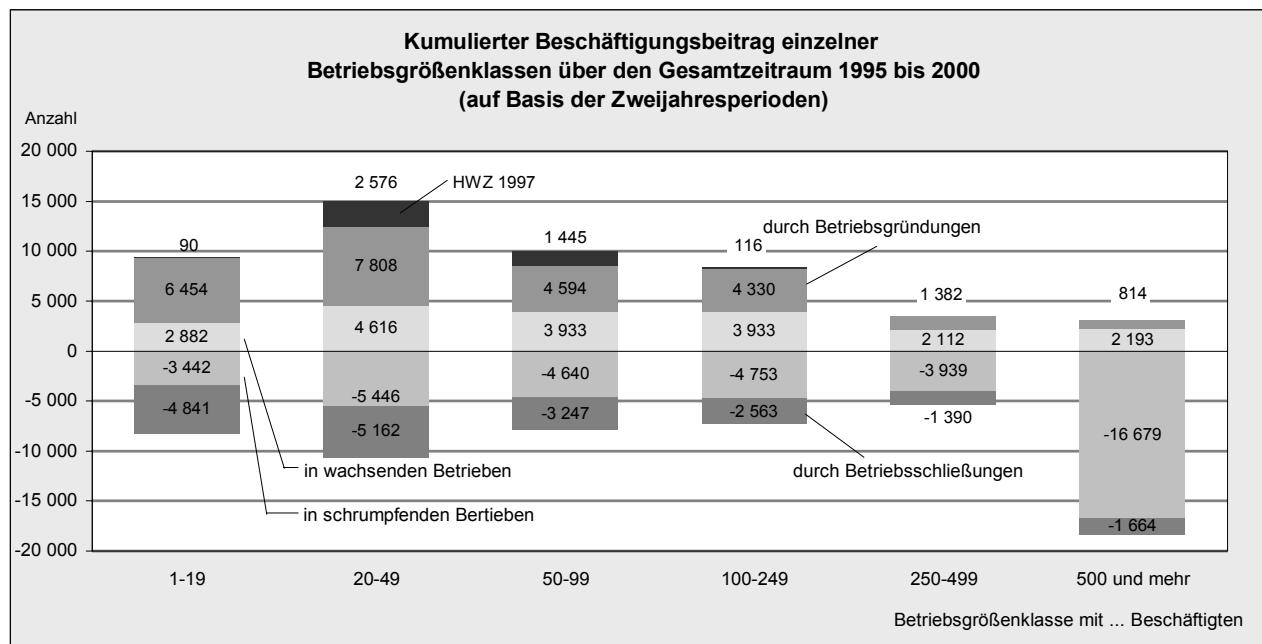
Bei der Betrachtung der **durchschnittlichen relativen Beschäftigungsveränderungen** einzelner Betriebsgrößenklassen über die Zweijahresperioden weisen die Klein- und Kleinstbetriebe, aber auch ein Teil der mittleren Betriebe (100 bis zu 249 Beschäftigte) positive durchschnittliche Beschäftigungsentwicklungen auf. Dabei wird auch offensichtlich, dass die Handwerkzählung unterschiedlich auf die Klassen gewirkt hat. Aufgrund der 1995 bundesweit durchgeführten Handwerkszählung (HWZ) wurden 1997 zahlreiche Betriebe neuerfasst. Um diese **statistische Verzerrung** bei der Analyse der Arbeitsplatzschaffung zu vermeiden, wird deshalb im Folgenden der Beschäftigungszuwachs durch die im Rahmen der Handwerkzählung neuerfassten Betriebe in der Zweijahresperiode 1996/1997 ausgeklammert.



Bei der Analyse der kumulierten Beschäftigungsbeiträge in den jeweiligen Betriebsgrößenklassen über die gesamte Periode weisen die Klein- und Kleinstbetriebe auf **hohe Arbeitsplatzschaffungen** hin. Relativ zu ihrem durchschnittlichen Anteil an der Beschäftigung leisten sie somit einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Arbeitsplatzschaffung, als dies für die mittleren und die großen Betriebe gilt. Allerdings weisen sie gleichzeitig auch eine starke Betriebsfluktuation und hohe Arbeitsplatzverluste aus.

Für den Gesamtbetrachtungszeitraum ergibt sich auf Basis der Zweijahresabschnitte insbesondere für die Kleinstbetriebe mit unter 20 Beschäftigten und einen Teil der mittleren Betriebe (100 bis zu 249 tätigen Personen) mit einem Plus von 963 bzw. 831 Beschäftigten ein positiver Nettobeschäftigungsbeitrag. Für die mittleren Betriebe insgesamt (100 bis zu 499 Beschäftigte) zeigt sich hingegen ein Nettoarbeitsplatzverlust von 1 004 Arbeitsplätzen.

BESCHÄFTIGUNGSDYNAMIK



Kumulierter Beschäftigungsbeitrag einzelner Betriebsgrößenklassen über den Gesamtzeitraum 1995 bis 2000 (jeweils in den Zweijahresperioden)										
Betriebsgrößenklasse	Beschäftigungsveränderungen durch ...Betriebe					Bruttoveränderungen			Nettoveränderungen	
	neuauf-tretende	verschwin-dende	wachs-endende	schrump-fende	HWZ 1997	Job-schaffung	Job-abbau	Job-turnover	mit HWZ	ohne HWZ
	Anzahl									
1 - 19	6 454	- 4 841	2 882	- 3 442	90	9 336	- 8 283	17 619	1 053	963
20 - 99	12 402	- 8 409	8 549	- 10 086	4 021	20 951	- 18 495	39 446	2 456	- 1 565
20 - 49	7 808	- 5 162	4 616	- 5 446	2 576	12 424	- 10 608	23 032	1 816	- 760
50 - 99	4 594	- 3 247	3 933	- 4 640	1 445	8 527	- 7 887	16 414	640	- 805
100 - 499	5 712	- 3 953	6 045	- 8 692	116	11 757	- 12 645	24 402	-888	- 1 004
100 - 249	4 330	- 2 563	3 933	- 4 753	116	8 263	- 7 316	15 579	947	831
250 - 499	1 382	- 1 390	2 112	- 3 939	0	3 494	- 5 329	8 823	- 1 835	- 1 835
mehr als 500	814	- 1 664	2 193	- 16 679	0	3 007	- 18 343	21 350	- 15 336	- 15 336
Insgesamt	25 382	- 18 867	19 669	- 38 899	4 227	45 051	- 57 766	10 287	- 12 215	- 8 488

Verteilung der kumulierten Beschäftigungsbeiträge nach Betriebsgrößenklassen und Beschäftigungsstruktur über den Gesamtzeitraum 1995 bis 2000										
Betriebsgrößenklasse	Anteil an der Be-schäfti-gung (Durch-schnitt)	Anteil an			Anteil an der Beschäftigungsbeiträge (Schaffung oder Abbau)					
		Job-schaffung	Job-abbau	Job-turnover	neuauftr. Betriebe	verschw. Betriebe	wachsende Betriebe	schrumpf. Betriebe	HWZ 1997	
	Prozent									
1 - 19	7,6	20,7	14,3	17,1	25,4	25,7	14,7	8,8	2,1	
20 - 99	32,4	46,5	32,1	38,4	48,9	44,6	43,5	25,9	95,1	
20 - 49	16,7	27,6	18,4	22,4	30,8	27,4	23,5	14,0	60,9	
50 - 99	15,7	18,9	13,7	16,0	18,1	17,2	20,0	11,9	34,2	
100 - 499	28,5	26,1	21,9	23,8	22,5	21	30,7	22,3	2,7	
100 - 249	17,2	18,3	12,7	15,2	17,1	13,6	20,0	12,2	2,7	
250 - 499	11,3	7,8	9,2	8,6	5,4	7,4	10,7	10,1	0,0	
mehr als 500	31,5	6,7	31,8	20,8	3,2	8,8	11,1	42,9	0,0	
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	

Die Bedeutung kleiner Betriebe beim Beschäftigungsaufbau

Über die gesamte Periode von 1995 bis 2000 kann man somit bei der Untersuchung der kumulierten Beiträge **keine eindeutige Rolle der Klein- und Kleinstbetriebe** zum Beschäftigungszuwachs erkennen. Zwar werden netto Arbeitsplätze in den Kleinstbetrieben geschaffen, was deren hohen Beitrag zur Arbeitsplatzschaffung unterstreicht, aber ein Teil der mittleren Betriebe zeichnet sich ebenfalls durch Netto-Zuwächse bei den Arbeitsplätzen aus. Hinzu kommt, dass für die Kleinbetriebe (20 bis zu 99 Beschäftigten) ein Netto-Arbeitsplatzabbau (1 565 Beschäftigte) über die gesamte Periode zu verzeichnen ist.

Weiterhin ist es interessant, diese Ergebnisse mit einer **Analyse der Beschäftigungsdynamik einzelner BGK** über die einzelnen Zweijahresperioden zu hinterfragen. Im Vordergrund steht hierbei die Frage, ob vielleicht die über die gesamte Periode aufsummierten Beschäftigungsbeiträge einzelner Klassen durch einen einmaligen gravierenden Beschäftigungsverlust belastet werden.

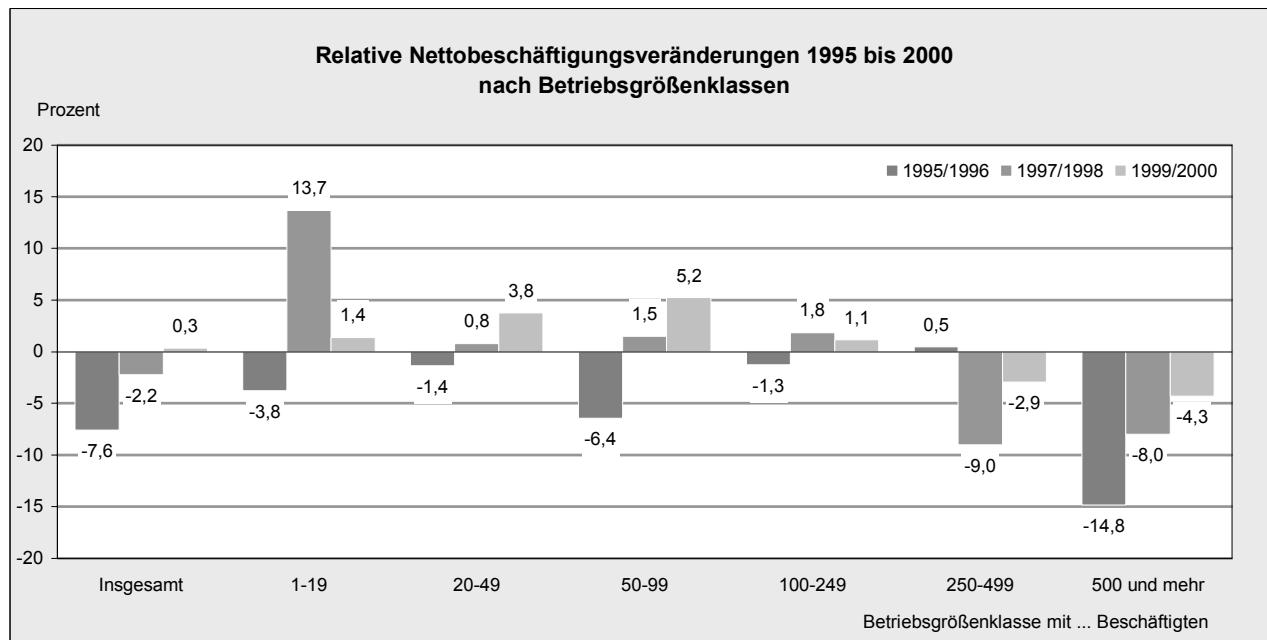
So resultieren die Netto-Beschäftigungszuwächse in den Kleinstbetrieben und den kleineren mittleren Betrieben etwa aus einer Kompensation der negativen Beschäftigungsentwicklung am Anfang der Periode. Bei den Kleinstbetrieben entsteht der positive Beschäftigungsbeitrag aus den seit dem Jahre 1998 starken Beschäftigungszuwächsen, welche die Rückgänge der Beschäftigung des Periodenanfangs überkompensieren. Bei der Teilkasse der mittleren Betriebe mit bis zu 249 täglichen Personen basiert der positive Beitrag zur Beschäftigung auf einem relativ

geringen Netto-Rückgang am Periodenanfang und anschließend ab 1997 auf einem kontinuierlichen Netto-Aufbau von neuen Beschäftigungsverhältnissen.

Allerdings stellt man fest, dass über die Periode 1996/97 bis 2000 auch die Kleinbetriebe (20 bis zu 99 Beschäftigten) einen positiven Beitrag (3 612 Beschäftigungsverhältnisse) leisten. Bei ihnen ist der Verlust von Arbeitsplätzen über die gesamte Periode auf einen einmaligen stärkeren Nettoverlust im Jahr 1996 zurückzuführen. Schon seit 1997 zeigen die Kleinbetriebe - teilweise ausgeprägte - Netto-Zuwächse in der Beschäftigung, die allerdings nicht stark genug sind, um den anfänglich relativ stark ausgeprägten Rückgang im Zweijahresabschnitt 1995/1996 zu kompensieren. Bei den großen Betrieben (mehr als 500 Beschäftigte) sinken trotz deutlicher Beschäftigungsverluste die Beschäftigungsrückgänge über die gesamte Periode kontinuierlich.

Weiterhin wird erkennbar, dass die Teilkasse der größeren mittleren Betriebe (250 bis zu 499 täglichen Personen) eine entgegengesetzte Beschäftigungsentwicklung im Vergleich mit der Entwicklung der anderen Klassen aufzeigen: In der Anfangsperiode bis 1997 werden in dieser BGK netto Arbeitsplätze geschaffen; Ab 1998 verlieren sie netto Arbeitsplätze.

Die **Berücksichtigung der Beschäftigungsdynamik** liefert somit keinen eindeutigen Hinweis zur besonderen Rolle der Beschäftigungswirksamkeit einer Klasse während des Betrachtungszeitraumes. Über die einzelnen Zweijahresperioden übernimmt abwechselnd eine Klasse die führende



Rolle zur Arbeitsplatzschaffung. Am Anfang der Periode sind es die größeren mittleren Betriebe, welche die höchsten bzw. die einzigen positiven Beschäftigungsbeiträge leisten. Anschließend spielen die Kleinst- und Kleinbetriebe eine entscheidende Rolle mit ihrem positiven Beschäftigungsbeitrag.

Bis 1999 Nettobeschäftigteverluste über alle BGK in den bestehenden Industriebetrieben

Diese Ergebnisse werfen die Frage auf, ob tatsächlich und wenn ja, wie seit 1997 bzw. 1998 einen Beschäftigungsaufschwung bei den Kleinbetrieben stattfindet. Um dieser Frage nachzugehen, wird im Folgenden untersucht, ob sich hinter diesen Ergebnissen ein **Konsolidierungsprozess in bestehenden Betrieben** oder eine günstige **Beschäftigungsentwicklung durch die neuauftretenden und verschwindenden Betriebe** verbirgt.

Bis zum Jahr 1999 werden bei den bestehenden Betrieben in allen Betriebsgrößenklassen ausschließlich Beschäftigteverluste netto verbucht. Erste **Netto-Beschäftigungszuwächse** treten in bestehenden Betrieben einiger Größenklassen ab 1999 auf:

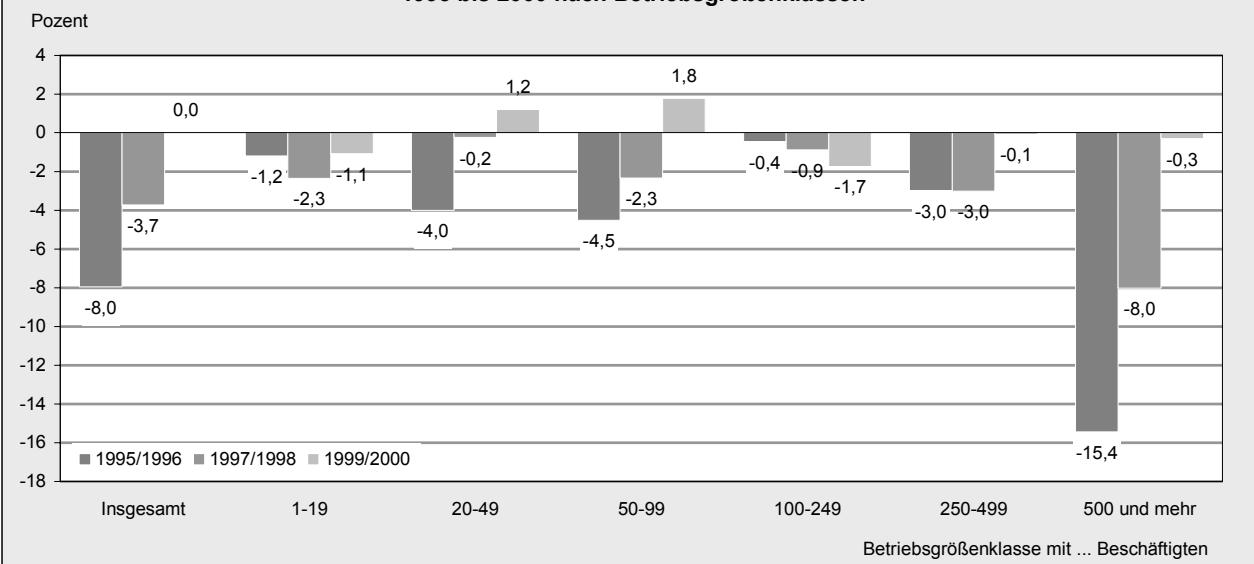
- Ein einmaliger Netto-Zuwachs tritt 1999 in den **kleineren mittleren Betrieben** (100 bis zu 249 tätigen Personen) und 2000 in einem Teil der **Kleinbetriebe** (20 bis zu 49 tätigen Personen) auf.
- Nur die bestehenden „größeren“ **Kleinbetriebe** (50 bis 99 tätige Personen) weisen seit 1999 Beschäftigungszuwächse aus.

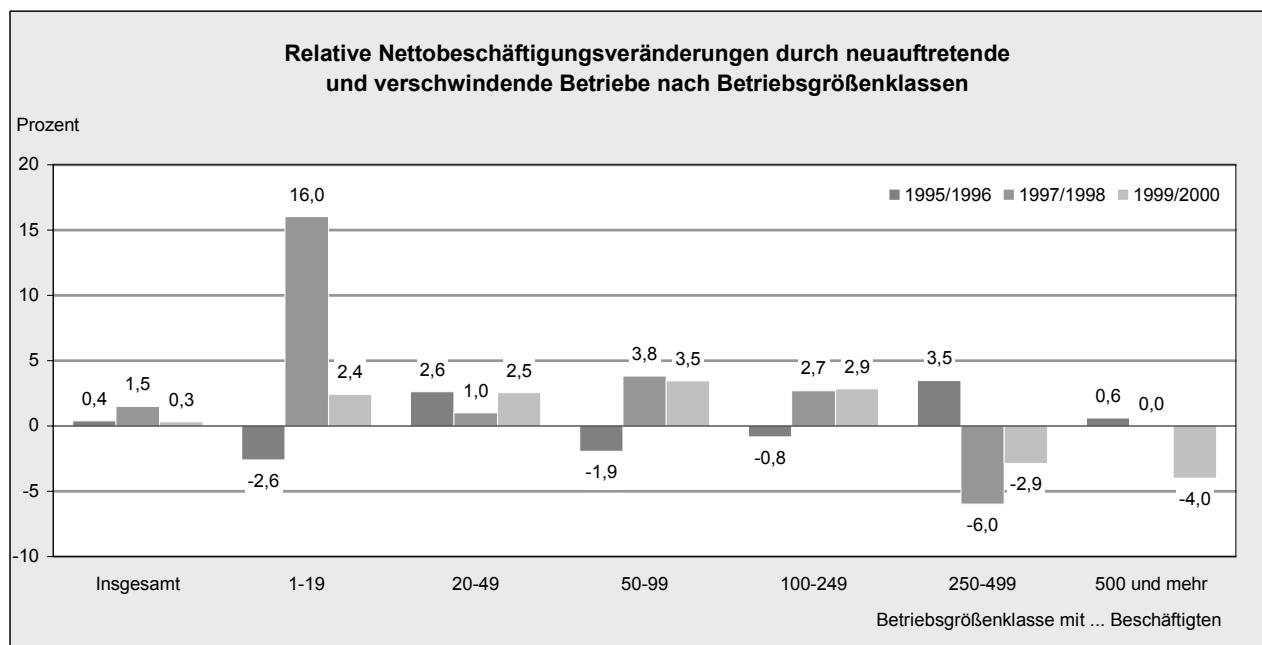
- Die positiven Beiträge über die gesamte Periode in den Kleinstbetrieben und einem Teil der mittleren Betriebe sind somit nicht durch **Netto-Zuwächse in bestehenden Betrieben** entstanden.
- Der positive Beitrag von Kleinstbetrieben basiert nur auf Zuwächsen durch neuauftretende Betriebe, wobei die bestehenden Betriebe kontinuierlich über die einzelnen Zwischenperioden ihre Beschäftigung abbauen.
- Der positive Beitrag eines Teils der mittleren Betriebe (100 bis zu 249 tätigen Personen) ist auch fast ausschließlich auf Zuwächse durch neuauftretende und verschwindende Betriebe zurückzuführen.

Gegen die besondere Rolle dieser beiden Größenklassen (Kleinstbetriebe und ein Teil der mittleren Betriebe) spricht zudem, dass die höchsten Beschäftigungsrückgänge 2000 über alle BGK hinweg gerade in diesen beiden BGK entstehen, obgleich starke Verbesserungen in allen anderen BGK auftreten. Der Beschäftigungsrückgang in den großen Betrieben verlangsamt sich sogar stark im Jahr 2000.

Im Gegensatz zu den **Entwicklungen in den bestehenden Betrieben** treten de facto über die gesamte Periode regelmäßige deutlich positive Beiträge zur Beschäftigung durch neuauftretende und verschwindende Betriebe mit einmaligen Nettoverlusten in einzelnen Klassen auf. So überschreiten die Beschäftigungszuwächse durch neuauftretende Betriebe in fast allen BGK seit 1998 die Beschäftigungsverluste durch verschwindende Betriebe. Ausnahme sind die größeren mittleren Betriebe (250 bis zu 499 Beschäftigten), die eine entgegengesetzte Entwicklung verzeichnen: Ab 1998 werden nach anfänglichen Zuwächsen netto Beschäftigteverluste in dieser BGK verbucht.

Relative Nettobeschäftigteveränderungen in bestehenden Betrieben 1995 bis 2000 nach Betriebsgrößenklassen





Die **positiven Netto-Beiträge** über die gesamte Periode und über alle Betriebe in einzelnen BGK sind somit nicht durch entsprechende Zuwächse in bestehenden Betrieben, sondern **durch die günstige Netto-Beschäftigungsentwicklung durch neuauftretende und verschwindende Betriebe** entstanden:

- In **Kleinstbetrieben** finden sehr hohe positive Beschäftigungsbeiträge statt, welche seit dem Jahr 1998 auch durch ausgeprägte Beschäftigungsverluste begleitet werden .
- In den **kleineren mittleren Betrieben** (mit 100 bis zu 249 tätigen Personen) entstehen hohe positive Zuwächse schon seit 1997 aber auch aufgrund der geringsten Beschäftigungsverluste über alle BGK im Jahr 1996.

Die einzige Klasse mit stets ausgeprägten positiven Beschäftigungszuwachs durch neuauftretende und verschwindende Betriebe seit dem Jahr 1996 ist ein **Teil der Kleinbetriebe** (20 bis zu 49 Beschäftigten). Daraus wird ersichtlich, dass alleine durch den Rückgang von Beschäftigungsverhältnissen in bestehenden Kleinbetrieben (insbesondere 1995/1996) kein Netto-Beitrag zur Beschäftigungssituation über die gesamte Periode in dieser BGK entstehen konnte.

Diese Ergebnisse liefern somit weitere Hinweise, dass **über die gesamte Periode keine eindeutige Rolle der Klein- und Kleinstbetriebe festgestellt werden kann**. Ab 1997 bzw. 1998 spielt diese BGK allerdings eine wachsende Rolle zur Beschäftigungsschaffung.

Ergebnisse der Brandenburger Industriebetriebe im Ländervergleich

Beim Vergleich mit den Ergebnissen der Beschäftigungsdynamik in der Baden-Württembergischen Industrie und in Mecklenburg-Vorpommern wird weiterhin deutlich, dass die Klein- und Kleinstbetriebe in den beiden neuen Bundesländern eine größere Rolle spielen. So verbuchen die Kleinstbetriebe in **Baden-Württemberg** über den Analysezeitraum 1995 bis 1999 den höchsten durchschnittlichen Netto-Beschäftigungsrückgang (- 5 Prozent), wobei die anderen Klassen bis zu 1,5 Prozent ihrer Beschäftigung im Durchschnitt über die Zweijahresperioden verlieren. Die Industriebetriebe in **Mecklenburg-Vorpommern** zeigen ebenso wie die in Brandenburg eine günstigere Entwicklung bei den Kleinstbetrieben. In Mecklenburg-Vorpommern erhöhen diese stets netto ihre Beschäftigung im Beobachtungszeitraum. Hier ist ein Anstieg der Beschäftigung für 1995/1996 um fast 15 Prozent und für 1997/1998 um mehr als 20 Prozent festzustellen.

Die Brandenburger Industrie unterscheidet sich dabei im Vergleich zu Baden-Württemberg insbesondere durch einen deutlich höheren **Job-Turnover** - die Summe der Ströme der Arbeitplatzschaffung und des Arbeitsplatzabbaus - bei den Kleinstbetrieben, der insgesamt aber in der Brandenburger Industrie im Gegensatz zur Situation in Baden-Württemberg zu einem Netto-Beschäftigungszuwachs führt. Weitgehend vergleichbar zwischen Brandenburg und Baden-Württemberg ist somit der Umstand, dass der höchste Anteil an der Arbeitplatzschaffung, aber auch am Arbeitsplatzabbau in den Kleinstbetrieben festzustellen ist.

Verglichen mit den Beschäftigungsanteilen sind die Anteile an der Arbeitsplatzschaffung (etwa 11 Prozent) in Kleinstbetrieben auch in der Baden-Württembergischen Industrie sehr hoch. Dieser hohe Job-Turnover wirft allerdings die Frage nach der Stabilität der geschaffenen Arbeitsplätze auf. Über die Qualität der Arbeitsplatzschaffung kann man jedoch insbesondere bei den Kleinstbetrieben keine Aussagen machen. Hier könnte lediglich eine Kohortenanalyse die Nachhaltigkeit der geschaffenen Arbeitsplätze weitergehend untersuchen.

Resümee

Insgesamt kann man keine eindeutigen Rolle der Klein- und Kleinstbetriebe feststellen. Allerdings spielen ab 1997 bzw. 1998 die Klein- und Kleinstbetriebe eine wachsende Rolle im Rahmen der Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Brandenburger Industriebetrieben.

Über die gesamte **Periode 1995 bis 2000** findet eine Netto-Arbeitsplatzschaffung nur in sehr kleinen Betrieben und einem Teil der mittleren Betriebe statt. (Die mittleren Betriebe insgesamt leisten aber keine Nettoarbeitsplatzschaffung).

Die **Beschäftigungsdynamik** weist somit darauf hin, dass die führende Rolle beim Beschäftigungszuwachs zwischen den Größenklassen (ausgenommen der großen Betriebe) über die einzelnen Zweijahresperioden hinweg wechselt: Am Anfang der Periode spielen größere mittlere Betriebe eine stärkere Rolle; seit 1997 bzw. 1998 übernehmen die Klein- und Kleinstbetriebe die Führungsrolle. Die abwechselnden Zuwächse sind dabei verstärkt auf die Veränderungen durch neuauftretende und verschwindende Betriebe zurückzuführen. Ein **Konsolidierungsprozess** in den bestehenden Betrieben zeichnet sich erst am Ende der Periode ab:

- Beschäftigungsrückgänge verlangsamen sich in größeren Klassen, und in den kleinen Betrieben werden sogar erste Zuwächse verbucht.

- Umgekehrt treten im Jahr 2000 in den zwei Klassen mit netto Arbeitsplatzschaffung über die gesamte Periode die höchsten relativen Beschäftigungsverluste auf.

Betrachtet man allerdings das Jahr 1996 nicht, schneiden die kleinen Betriebe wesentlich besser ab:

- Von 1996 bis 2000 leisten die Kleinbetriebe eine Nettoarbeitsplatzschaffung von insgesamt 3 612 Beschäftigungsverhältnissen.
- Sie zeichnen sich auch durch positive Nettoveränderungen aus, die fast ausschließlich auf kontinuierlichen Netto-Zuwächsen in den einzelnen Zweijahresperioden durch neuauftretende und verschwindende Betriebe beruhen.

Nichtsdestotrotz zeigen auch die kleinen Betriebe einen **beschleunigten Konsolidierungsprozess** in den bestehenden Betrieben:

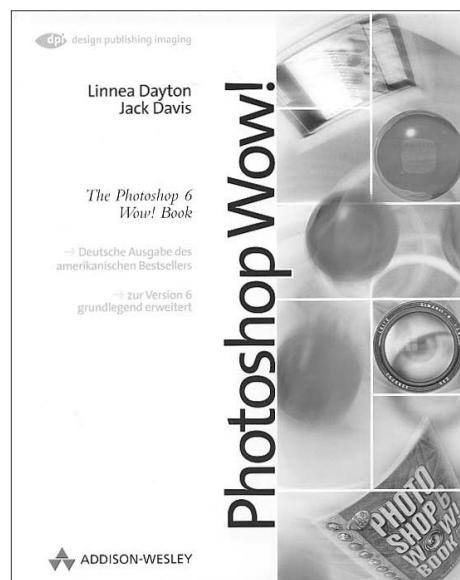
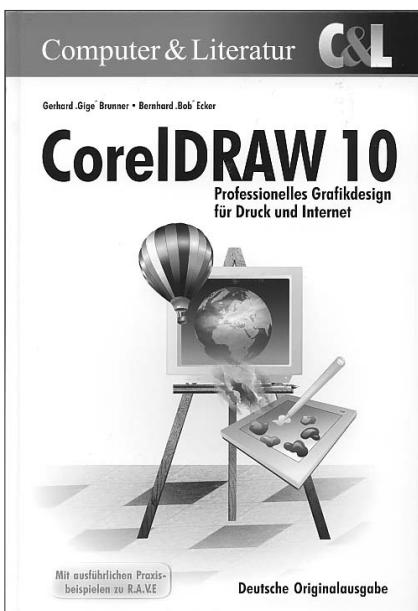
- Im Jahr 2000 schaffen sie sogar als einzige Größenklasse netto einen Überschuss an Arbeitsplätzen (+ 517).

Insgesamt kann man seit dem Jahr 1997 bzw. 1998 von einer Übernahme der führenden Rolle zum Beschäftigungszuwachs durch die Klein- und Kleinstbetriebe in der Brandenburger Industrie sprechen.

Allerdings sind diese Beschäftigungszuwächse von einem sehr hohen **Job-Turnover** begleitet, der die Qualität der Arbeitsplatzschaffung in Frage stellt.

Laurence Rambert
Lehrstuhl für Statistik und
Ökonometrie der Universität Potsdam
und

Holger-Jens Hoffmann
LDS Brandenburg



CorelDraw 10

Professionelles Grafikdesign für Druck und Internet

Brunner, Gige; Ecker, Bob

Böblingen : C&L Computer- und Literaturverlag, 2001

ISBN 3-932311-86-8

44,90 EUR

Dieses Buch beschreibt die Arbeitsweise mit der Version 10 des wohl meistverbreiteten Grafikpaketes CorelDraw. Neu in der Version 10 ist das Programm R.A.V.E.

Dieses Buch ist überaus praxisnah beschrieben. Es handelt nicht einfach die einzelnen Menüpunkte ab, sondern es vermittelt anhand zahlreicher Problemstellungen auf anschauliche Art und Weise den Umgang mit den einzelnen Funktionen.

Neben den praktischen Beispielen kommt aber auch die Theorie nicht zu kurz. So werden wichtige Grundlagen zu solchen Dingen wie Typographie, Farbe und dem Aufbau von Grafiken vermittelt.

Torsten Haseloff

Photoshop 6 Wow!

Dayton, Linnea; Davis, Jack

München : Addison-Wesley Verlag, 2002

ISBN 3-8273-1864-5

59,95 EUR

„Photoshop Wow!“ Der Titel macht stutzig und erregt Aufmerksamkeit. Und dies zu Recht.

Das Buch bietet eine praxisorientierte Anleitung für die Arbeit mit Photoshop 6. Anhand von Beispielen und Tipps werden wichtige Arbeitsmethodiken verdeutlicht.

Die Arbeit mit diesem Buch setzt jedoch einige Kenntnisse in der Arbeit mit Photoshop oder ähnlichen Programmen voraus. Für Neulinge ist dieses Buch nicht unbedingt geeignet. Wer jedoch bereits entsprechende Vorkenntnisse besitzt, wird die Fülle der Anregungen zu schätzen wissen, die er diesem Buch entnehmen kann.

Dem Buch beigefügt ist eine CD mit zahlreichen Beispieldateien, Vorgaben für Ebenenstile und vielem mehr.

Torsten Haseloff



Das neue Recht der elektronischen Signaturen

Bröhl, Georg M. [Bearb.] ; Tettenborn, Alexander [Bearb.]
Köln : Bundesanzeigerverlag, 2001. - 404 S.
ISBN 3-89817-045-4

Preis: 45 EUR

Das neue Signaturgesetz (SigG) und die neue Signaturverordnung (SigV) schaffen die Grundlage für die rechtliche Gleichstellung der elektronischen Signatur mit der eigenhändigen Unterschrift.

Das Werk „**Bröhl/Tettenborn: Das neue Recht der elektronischen Signaturen**“ ist eine umfassende Hilfe bei der Einführung und Anwendung von elektronischen Signaturen.

Das Werk bringt neben dem Wortlaut des neuen Gesetzes und der Verordnung Erläuterungen zur Anwendung und Auswirkungen der jeweiligen Vorgaben sowie die einschlägigen Materialien. Ebenfalls behandelt werden die neuen Vorgaben zur elektronischen Form in BGB und ZPO.

Weitere Teile enthalten die allgemeinen Materialien zum Signaturgesetz, den Text der EG-Signaturrichtlinie, Informationen über den Stand der Umsetzung der Signaturverordnung in Deutschland sowie in anderen europäischen Ländern.

Zielgruppen: Verantwortliche in den Behörden, die im Rahmen der E-Government Initiative für die Einführung von elektronischen Signaturen zuständig sind.

Die Autoren waren im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie federführend in die Gesetzgebungsverfahren zum SigG und SigV eingebunden.

Armin Lamla

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im August 2002

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (Disketten, CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 12/01	Bevölkerungsstand, Dezember 2001	1,25
A I 2 - hj 2/01	Bevölkerung der Gemeinden 31.12.2001	3,75
A I 3 - j/01	Bevölkerung der kreisfreien Städte und Landkreise nach Alter und Geschlecht 31.12.2001	4,50
A I 4 - j/01	Nichtdeutsche Bevölkerung am 31.12.2001	1,25
	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene	
A II 1 - m 01/02	- Januar 2001, Vorläufige Ergebnis	1,25
A II 1 - m 02/02	- Februar 2001, Vorläufige Ergebnis	1,25
	Wanderungen	
A III 1 - j/01	- 2001	2,00
A III 1 - m 01/02	- Januar 2002	1,25
A III 1 - m 02/02	- Februar 2002	1,25
A IV 3 - vj 4/01	Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen 4. Vierteljahr 2001	1,75
A V 4 - 4j/01	Flächenerhebung nach Art der geplanten Nutzung 2001	2,75
A VI 7 - m 06/02	Arbeitsmarkt, Juni 2002	2,50
B VII 1 - S/02	Bundestagswahl 2002	2,75
	- Bewerber in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten	
C II 1 - m 06/02	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, Juni 2002	1,75
C II 2 - m 07/02	Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren, Juli 2002	1,75
C II 3 - m 07/02	Ernteberichterstattung über Obst, Juli 2002	1,75
C III 2 - m 06/02	Schlachtungen und Fleischerzeugung, Juni 2002	1,75
D I 2 - vj 2/02	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten 01.04. - 30.06.2002	3,25
	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	
E I 1; 3 - m 06/02	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, Juni 2002	3,75
E I 2 - m 06/02	- Produktionsindex, Juni 2002	2,00
E II 1 - m 06/02	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe), Juni 2002	2,50
F II 1; 2 - m 06/02	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Juni 2002	2,50
G I 1 - m 06/02	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen -	
	- Juni 2002, Vorläufige Ergebnisse	2,00
G III 1, 3 - m 05/02	Aus- und Einfuhr Mai 2002, Vorläufige Ergebnisse	2,75
	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr	
G IV 1 - m 05/02	- Mai 2002, Vorläufige Ergebnisse	3,00
G IV 1 - m 06/02	- Juni 2002, Vorläufige Ergebnisse	3,00
G IV 3 - m 06/02	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen -	
	- Juni 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,75
	Straßenverkehrsunfälle	
H I 1 - m 05/02	- Mai 2002, Endgültiges Ergebnis	2,75
H I 1 - m 06/02	- Juni 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,25
	Binnenschifffahrt	
H II 1 - m 06/02	- Juni 2002	2,50
H II 1 - m 07/02	- Juli 2002	2,50
L II 2 - hj 2/01	Gemeindefinanzen Teil 1: Land Brandenburg 01.01. - 31.12.2001	4,00
L III 1 - j/01	Schulden der öffentlichen Haushalte und deren öffentlich bestimmten Fonds, - Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen am 31.12.2001	3,00
L III 2 - j/01	Personal im öffentlichen Dienst am 30.06.2001	9,50
L IV 1 - j/00	Umsätze und ihre Besteuerung 2000	7,00
M I 2 - m 08/02	Preisindex für die Lebenshaltung, August 2002	3,00
Q III 1 - j/00	Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2000	2,25
Verzeichnis	Verzeichnis der Beruflichen Schulen Schuljahr 2001/2002	9,00
Verzeichnis	Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen Stand: 31.12.2001	24,00
Daten+Konjunktur 6/2002	Ausgewählte Konjunktur- und Landesdaten für das Land Brandenburg in Bild und Zahl	-

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis	Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis
1/1998	Die Entwicklung der Landwirtschaft Brandenburgs 1991 - 1997	4,00 EUR	6/2000	Mikrozensus 1999 Insolvenzgeschehen Handwerk Umweltschutzinvestitionen	4,50 EUR
2/1998	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1991 - 1997 Der Außenhandel Brandenburgs 1991 - 1996	2,50 EUR	7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang Sozialhilfeleistungen 1994-1999 Landwirtschaftszählung 1999 Strafvollzug Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	I/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	II/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
4/2000	Verkehrsunfallentwicklung 1999 Amtliche Umweltstatistik Ausländische Studierende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	4,25 EUR	III/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
5/2000	Industrieanvestitionen 1995 - 1998 Landtagswahl 1999 Tourismus 1999 Region Havelland-Fläming	5,25 EUR	IV/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
			2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR
			1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR
			I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR

Neues Krankenhausverzeichnis erschienen



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat ein neues „Verzeichnis der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen“ veröffentlicht.

Das Verzeichnis beinhaltet alle Einrichtungen, die im Berichtsjahr 2001 zur stationären Versorgung der Bevölkerung beigetragen haben.

Am 31.12.2001 gab es im Land Brandenburg 53 Krankenhäuser und 28 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Für jede Einrichtung sind Name, Anschrift, Telefon- und Faxnummer sowie E-Mail- und Internetadresse und der jeweilige Träger ausgewiesen. Aus den

Ergebnissen der amtlichen Krankenhausstatistik 2001 wurden die Angaben zur Art der Einrichtung und die Zahl der aufgestellten Betten im Jahresdurchschnitt nach Fachabteilungen übernommen.

Im Anhang finden die Nutzer ein Verzeichnis der Gesundheitsämter.

Das Verzeichnis kostet 4,50 EUR als Broschüre und kann beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52



14410 Potsdam

Fax: 0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de

bestellt werden.